

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Anzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plakatoberflächen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorferstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Hilfe, wir ersticken im Gelde!

P. Z. Wer erstickt im Gelde? Wir, die Bergarbeiter? Daß wir nicht lachen! Die Wirtschaft, die Finanzen erstickt darin! Das klingt fast unglaublich, ist aber wahr. Man findet heute das Geld geradezu auf der Straße. Soll heißen: die internationalen Bankiers und sonstigen Kapitalisten leihen und verleihen zum Teil ihr Geld unter sich schon fast umsonst. Ihre Sorge ist, ob sie es überhaupt noch losbekommen zu einem Preis, der die Verwaltungskosten deckt. Freilich, der kleine Mann bekommt nichts. Für ihn ist bekanntlich nie Geld da. Ihn braucht man nur, um neues Kapital zu bilden. Ist das geschehen, dann bleibt dieses Kapital hübsch im Kreise der Kapitalisten. Haben sie viel, dann legen sie nur unter sich die Geldpreise herab. In letzter Zeit geschieht das in ausgiebigem Maße. Das Geld wird tatsächlich immer billiger. Nachstehend eine Tabelle hierüber. Sie gibt Auskunft über die Zinssätze, die die Finanzleute für ihre Kredite zahlen müssen (Wechselkredite):

in %		in %	
Berlin	5 seit 25. 3. 30	Paris	2½ seit 1. 5. 30
Newyork	3 seit 1. 5. 30	Brüssel	3 seit 1. 5. 30
London	3 seit 1. 5. 30	Wien	6 seit 21. 3. 30
Amsterdam	3 seit 25. 3. 30	Rom	6 seit 24. 4. 30
Zürich	3 seit 3. 4. 30	Stockholm	3½ seit 3. 4. 30

Diese Sätze bedeuten Jahreszinsen. In Paris also gibt es solches Geld schon für 2½ Prozent, im dortigen Privatverkehr noch billiger. In London betrug der Privatdiskont dieser Tage teilweise nur 1 Prozent. In Deutschland steht der Bankfuß vorerst noch auf 5 Prozent. Wenn die Zinssraten im Ausland so bleiben, werden wir auch bald auf 4½ Prozent herunter müssen, da wir sonst ja unser deutsches Geld nicht mehr los werden. Das sind Zinssätze, wie sie selbst in der Vorkriegszeit als niedrig galten. Die Pariser Sätze sind sogar unnatürlich niedrig. Zinssätze aber sind Geldpreise. Die Geldpreise unterliegen den gleichen Gesetzen wie die Warenpreise. Bei kleinem Angebot und großer Nachfrage steigen die Preise. Sie fallen aber bei großem Angebot und kleiner Nachfrage. Wenn also die Geldpreise (Zinssätze) fallen, dann muß ein großes Angebot von Kapital herrschen. Die niedrigen Zinssätze beweisen also, daß Geldkapital in Masse zur Verfügung steht.

Und nun die andere Seite: Warenproduktion und Arbeitsmarkt! Hier sieht es trübsal aus. Produktions-einstellung und Stilllegungen auf der einen Seite, Arbeiterentlassungen und Arbeitslosigkeit auf der anderen. Die Ursache wird gesucht im Rückgang des Warenabfuges. Auf gut deutsch heißt das, daß nicht genügend Waren gekauft werden. Es ist aber verkehrt, darin die Ursache der Krise zu sehen. Die Frage bleibt nämlich dabei ungeklärt, warum nicht genügend Waren gekauft werden können. Ganz einfach: weil nicht genügend Geld unter den Käufern steckt. Als Käufer und für Massenabfuhr kommen aber in erster Linie die Massen des schaffenden Volkes in Frage. Das schaffende Volk hat also zu wenig Geld. Mit anderen Worten: Die Löhne für das schaffende Volk müßten höher sein. Das ist des Rätsels Lösung. Aber woher dieses Geld nehmen? Diese Frage stellen hauptsächlich die Kapitalisten. Wir müssen gestehen: Die Frage klingt reichlich naiv, wo das Geld anfängt auf der Straße zu rollen (siehe niedrige Diskontsätze). Wir geben aber einmal zu, daß es selbst bei so großem Geldreichtum risikant sein kann, Löhne zu erhöhen. Dies deshalb, da ja heute Lohnabmachungen nur auf lange Sicht zustande kommen. Aber warum geht man nicht den umgekehrten Weg der Preisförmung? Ganz einfach: weil sowohl freiwillige Preisförmung als auch freiwillige Lohnerhöhung ein Sakrileg am privatkapitalistischen Wirtschaftsprinzip wäre.

Diese Wirtschaftsordnung erschöpft sich eben im privaten Profitstreben. Hier gibt es keine Grenzen. Der jüngste Heringsbändiger im Kolonialwarengeschäft ist ebenso wie der kleine Krauter mit zwei Gefellen in seinem letzten Zielstreben eingestellt auf die Milliardensumme eines Ford oder Rockefeller. Die Parole ist: Kapitalbildung! Aber nicht im volkswirtschaftlichen, sondern im privatwirtschaftlichen Sinne. Man sieht eben die Kapitalbildung nur in der Geldanhäufung. Der Kapitalbildungsprozeß ist nebensächlich, das heißt die Wirtschaftslage interessiert nur insoweit, als sie die Geldanhäufung im eigenen Unternehmen beeinflusst. Volkswirtschaft und Privatgeschäft sind eben zwei grundverschiedene Dinge. In höchster volkswirtschaftlicher Notlage können glänzende Möglichkeiten fürs Privatgeschäft existieren. Und sie existieren zur Zeit für große Teile der Privatkapitalisten. Die große Arbeitslosigkeit bietet dafür keinen Gegenbeweis. Im Gegenteil! Gerade steigende Arbeitslosenzahlen sind — nach Marx — Beweis für gestiegenen Reichtum der Kapitalisten. Je größer dieser Reichtum wird, desto schwerer wird es, ihn rentabel zu verwenden. Aus diesem Grunde die ewige Sucht zur Maschinisierung und Ersparnis menschlicher Arbeitskraft. Das ist aber gleichbedeutend mit Ersparnis von Löhnen. Damit wird mit weniger Arbeitern die gleiche Warenmenge erzeugt. Die Preise bleiben aber dieselben, obwohl auf der anderen Seite große Lohnsummen gespart werden (für die entlassenen Arbeiter). Also gleichgebliebene Einnahmen bei ge-

stiegenen Ausgaben. Man sieht, daß steigende Arbeitslosenzahlen tatsächlich wachsenden Reichtum für den Privatkapitalisten bedeuten können. Was geschieht mit dem wachsenden Reichtum?

Einmal wird versucht, denselben zur Erbreiterung des Betriebes zu benutzen. Das ist aber nur möglich, wenn auch der Absatz entsprechend wächst. Aber wie soll der Absatz wachsen, wenn die Kaufkraft sich nicht vermehrt? Hierfür gibt es nämlich nur die Möglichkeit der Lohnerhöhung oder Preisförmung wofür die Kapitalisten aber nicht zu haben sind. Ja, im Gegenteil vermindert sich die Kaufkraft noch dauernd. Die Arbeitslosen haben ja ein kleineres Einkommen als früher, wo sie noch in Arbeit standen. Den wachsenden Reichtum in Betriebsvergrößerung zu stecken ist also keine Möglichkeit. Da bleibt nur der Weg der Aufspeicherung bei der Bank. Und das ist der Prozeß, den wir gegenwärtig beobachten: Bei großer volks- und welt-

Lied der Arbeitslosen.

Die Nacht verblaßt, der Wind reißt an den Scheiben.

Steht auf da drinnen, Mann und Weib und Kind!

Steht auf! Die Reichen können schlafen.

Wir suchen Arbeit, weil wir hungrig sind.

Vom Morgenrot bis in die Nacht

hab ich um Arbeit angefragt.

Verdammt noch mal! Wir wollen wissen,

warum ihr satt seid und wir hungern müssen!

Der Tag bricht an. Wie klappern da die Zähne!

In unserm Loch von Wohnung ist es kalt.

Mein Weib geht waschen, Frühstück trägt der Kleine.

Und ich, bin ich zur Arbeit denn zu alt?

Vom Morgenrot bis in die Nacht

hab ich den Schädel mir zerdacht.

Verdammt noch mal! Wir wollen wissen,

warum ihr satt seid und wir hungern müssen!

Brot oder Arbeit! Jeden Tag wird's schlimmer:

das Kind ist krank, die Frau kann nicht mehr fort,

ich gehe weg, ich sitz in der Destille,

Arbeit, die gibts nicht, schade um das Wort!

Vom Morgenrot bis in die Nacht

wir hungern, wenn ihr schmauft und lacht.

Verdammt noch mal! Wir wollen wissen,

warum ihr satt seid und wir hungern müssen!

Bass Byan

wirtschaftlicher Not glänzende privatwirtschaftliche Geschäfte! Die Weltwirtschafts- und Weltarbeitskrise ist begleitet von einem reichen Kapitalüberschuß, der lediglich dem Tagesgeschäft und der Spekulation zur Verfügung steht. Hier erhebt die Frage, wo das denn hin führen wird?

Das Institut für Konjunkturforschung beantwortet diese Frage optimistisch. Es geht von der Tatsache aus, daß die Gewährung von langfristigen Wirtschaftskrediten bedeutend höhere Zinsen bringt, als die oben genannten Geld-(Wechsel-)Kredite. Das würde die Geldeinleger bei der Bank veranlassen, ihre Gelder mit langer Kündigungsfrist anzulegen. Damit könnten auch wieder langfristige Wirtschaftsdarlehen von den Banken gegeben werden. Hierdurch würden neue Geschäftsgründungen ermöglicht und Arbeitsgelegenheit geschaffen. Wir möchten wünschen, daß diese Prognose richtig wäre. Vorläufig aber haben wir wenig Hoffnung auf solche Entwicklung. Es ist schon so, daß sich eine Geschäfts- und Wirtschaftsbelebung nur aus einer Belebung des Absatzes ergeben kann. Heute aber ist die ganze private Wirtschaftspolitik noch auf Drosselung des Absatzes eingestellt. Das geschieht vielleicht unbewußt und ungewollt, aber es ist so. Wachsende Produktivität bei gleichbleibenden Preisen und sinkendem Lohnvolumen muß zur Störung und Störung im Gesamtwirtschaftsprozess führen. Und solange diese — im gegenwärtigen Moment beobachtbare — Störung nicht behoben ist, wird auch die gegenwärtige Geldflüssigkeit nicht in werbende Anlagen einmünden können. Vielleicht beruht die jetzige Geldflüssigkeit auf dem Mangel an Nachfrage nach Kredit für werbende Anlagen! Das scheint uns sogar das Wahrscheinliche zu sein. Bei den niedrigen Geid-

fägen im Ausland müßten auch sehr günstige Chancen bestehen für langfristige Anleihen. Warum hört man nichts von Bemühungen, solchen Chancen nachzuspüren und sie auszunutzen? Wahrscheinlich deshalb nicht, weil die volks- und allgemeinwirtschaftlichen Voraussetzungen zu einer nutzbringenden Auswertung aus obengenannten Gründen fehlen.

Wäre das nicht so: auf was wartet man denn eigentlich noch? Wir leben doch schon mitten im Jahresommer! Uebrigens: „man“ wartet überhaupt nicht, wenn man darunter die Klasse der Unternehmer versteht. Warten und hoffen und harren tut nur die große Masse der Wirtschaftsgesellschaft, das gegen Lohn arbeitende Volk. Es hofft und harret auf die Konjunktur. Das ist nämlich das Zauberwort, das alle Wirtschaftss- und Zauberkräfte verschleichen soll. Und wie und wann wird sich diese Konjunktur zeigen? Die Wirtschaftswissenschaft gibt darüber folgende Aufklärung: Wenn das Geschäft schlecht geht, wenn Arbeiter entlassen, Betriebe stillgelegt werden, kurz: wenn schlechte Konjunktur herrscht, dann fallen die Zinssätze. (Siehe weiter oben.) Gleichzeitig sinken die Preise der Warenprodukte (wovon zwar jetzt nichts zu merken ist). Unternehmungslustige Leute leihen sich dann Geld für billige Zinsen und richten sich Wirtschaftsbetriebe (Produktionsstätten) ein, wodurch das Geschäft angeregt und die Nachfrage nach Produktionsmitteln gesteigert wird. Dadurch müssen mehr Arbeiter beschäftigt werden, es kommt mehr Geld unter das Volk, die Nachfrage (der Kauf) nach Waren nimmt zu und so belebt sich das Wirtschaftsleben immer mehr. Das Ganze nennt man Entwicklung zur Hochkonjunktur! Wenn das alles stimmt, dann hat das Institut für Konjunkturforschung recht. Dann müßte es jetzt tatsächlich baldigst billiges Geld geben als Wirtschaftskredite. Es würden dann bald neue Betriebe eingerichtet und — siehe oben geschilderte Entwicklung. Aber ist das zu erwarten?

Wir bezweifeln es vorerst noch stark. Die Struktur des Produktionsapparats ist heute anders als bis vor kurzer Zeit. Es besteht bei uns auf absehbarer Zeit kein Bedarf zu einer Erbreiterung der Produktionsbetriebe. Wir haben einen ungeheuren Rationalisierungsprozeß hinter uns. Dadurch ist die Kapazität (Produktionsmöglichkeit) der Einzelunternehmen gewaltig gestiegen. Das gleiche gilt damit für die Volkswirtschaft als Ganzes. Viele Betriebe können nur 40 bis 50 Prozent ihrer Kapazität ausnützen. Das heißt: viele — und in den maßgebenden Industriezweigen fast alle — Betriebe könnten 50 Prozent mehr produzieren, wenn sie die Waren absetzen und verkaufen könnten. Das sind allgemein bekannte Tatsachen. Da besteht kein Anreiz zu neuer Kapitalanlage, auch wenn das Geld noch so billig ist. Anfänger sind nicht mehr in der Lage, den modern rationalisierten Betrieben Konkurrenz anbieten zu können. Außerdem sind die Unternehmer derart stark organisiert, daß Außensteiter kaum noch aufkommen können. Die bestehenden Unternehmer aber warten nur auf die Belebung des Abzuges, um ihre Betriebe voll ausnützen zu können. Zu Neuanlagen dem billiger werdenden Gelde zuliebe besteht auch für sie gar keine Veranlassung. Man sieht, die alte Konjunkturtheorie kommt allmählich in Bedrängnis. Das Problem muß anders gelöst werden. Und wie?

Wir haben das schon oft gesagt. Es bleibt nur der Weg über die Kaufkraftstärkung zur Belebung des Absatzes. Das Geld muß unter die Massen, das heißt unter das schaffende Volk. Es bleibt sich gleich, ob über Lohnerhöhung oder über Preisförmung. Wir kämpfen vorerst für das erstere, weil wir auf das zweite keinen Einfluß haben. Die Unternehmer aber haben beides in der Hand. Sie können wählen nach Belieben. In Wirklichkeit wählen sie gar nicht. Sie stieren nur hypnotisiert auf ihren Geldschrank, wo sich die Schätze anhäufen. Der Zusammenhang, der zwischen den sich anhäufenden Geldern beziehungsweise Geldvermögen und dem Wirtschaftsprozess besteht, wird ihnen anscheinend nie klar werden. Alle Geldwerte haben nur einen Sinn, wenn sie mit gleichen Warenwerten in Austausch kommen. Geschieht das nicht, dann kommt das Wirtschaftsleben in Stockung. Ob es geschieht oder nicht, zeigt das Preisverhältnis zwischen Geld und Waren. Sinkt der Geldpreis (Zins) gegenüber den Warenpreisen, dann ist das Beweis dafür, daß das Geldvermögen sich zu stark anhäuft und nicht rasch und stark genug in den Tauschverkehr zurückgepumpt wird. Damit bleiben Waren liegen — der Absatz stockt — die Krise kommt beziehungsweise muß weiter anhalten.

Das Problem also liegt darin, daß das wachsende Geldvermögen schnell und möglichst restlos in den Wirtschaftsverkehr kommt. Wir haben gezeigt, daß das auf die früher beobachtbare Art nicht ohne weiteres erwartet werden kann. Es verbleibt nur als sicherer und zuverlässiger Weg: die Stärkung der Kaufkraft! Hier gilt es völlig umzulernen. Geschieht das nicht, dann laufen wir tatsächlich Gefahr, als Wirtschaftsgesellschaft an „unserem“ Reichtum zugrunde zu gehen. Die Marxische Prophezie, daß die privatkapitalistische Wirtschaftsgesellschaft im eigenen Reichtum erstickt, bekommt hier greifbare Gestalt. Die Zukunft muß zeigen, wieweit die zur Zeit Verantwortlichen in der Lage sind, die Situation wieder zu meistern. Die Arbeiterklasse aber muß sich sammeln und bereithalten, wenn sie nicht Gefahr laufen will, mit ins Verderben hineingerissen zu werden. Bergarbeiter, euer Platz ist in unserem Verband!

Wohnungsnot und Gebärzwang.

Es ist statistisch erwiesen, daß die Geburtenquote der deutschen Großstädte unter den Stand von Paris und London gelinkt ist, daß Berlin in der zivilisierten Welt den niedrigsten Geburtenstand hat; Newyork, Tokio, Moskau haben 20 bis 30 Geburten je tausend Einwohner, London 17, Paris 16 und Berlin 10 (8,9), d. h. Berlin hat noch nicht zwei Drittel der Pariser oder Londoner Ziffern und knapp ein Drittel der Moskauer.

Wenn schon die Großstadtziffern nicht maßgeblich sein können für das ganze deutsche Volk, weil ja nur 45 von den 63 580 deutschen Gemeinden Großstädte sind, und weil von den etwa 63 Millionen Deutschen nur etwa 17 Millionen (etwa 27 Proz.) in Großstädten leben, so haben sie doch ihr Gewicht in Anbetracht der zunehmenden Verstädtlichung der Bevölkerung.

Ich bezweifle aber stark, daß die Verminderung der Geburten nur auf Wohnungsmangel und Wohnungselend zurückzuführen sei.

Schon in der älteren soziologischen Literatur ist die Auffassung vertreten, daß die Entwicklung des Nervensystems und der geistigen Tätigkeit in umgekehrtem Verhältnis zur Fortpflanzungsfähigkeit stehe — daß die Menschen sich umso weniger vermehren, je mehr sie sich geistig entwickeln (Carey, Spencer).

Die Reichswohnungszählung von 1927 ergab, daß rund 50 Prozent aller kinderreichen Familien (mit vier und mehr Kindern) dem Arbeiterstande, 25 Prozent der Beamten- und Angestellten, 14 Prozent selbständigen Berufen und 2 Prozent freien Berufen angehören.

Die Tatsache, daß die Kinderzahl der geistigen Arbeiter um vieles geringer ist als die der körperlichen Arbeiter, und daß sie sich in dem Maße verringert, wie die Lebenshaltung der Familien zivilisatorisch verfeinert, und ihre wirtschaftliche Lage, ihre soziale Stellung gehobener ist, — diese Erscheinung bestätigt es, daß bessere Wohnungsverhältnisse an und für sich nicht Vermehrung der Geburten zur Folge haben. Nicht in modernen Einfamilienhaus- und Gartensiedlungen sehen wir die kinderreichsten Familien, sondern in Mietkasernenquartieren der Industriezentren. (Der Kinderreichtum der landwirtschaftlichen Familie liegt nicht in den Wohnungsverhältnissen, sondern in den arbeitswirtschaftlichen Verhältnissen begründet.)

Dagegen sind Geburten unso häufiger, je enger und weniger getrennt nach Geschlechtern die Menschen beieinander haufen — je geistig bedürfnisloser und wirtschaftlich ärmer und kulturell rückständiger sie, je veredelter ihre Wohnungsverhältnisse sind.

Aber der Kinderreichtum der armen Leute ist kein gewollter. Diese Kinder sind zumeist in Angst und Sorge — oft genug gezeugt im hemmungslosen Rausch empfangen, in ungehinderter Sinnlichkeit, wie sie in überbelegten Schlafstuben der Proletarierwohnungen entsteht: Gelegenheits- und Zufallskinder. Gezeugt in Ueberempfindung, in Zwangsbettgemeinschaft oder Zwangsbettnachbarschaft. Nicht Werk gewollt (schöpferischen Liebesaktes zweier Menschen, die sich gesuch), entdeckt, gefunden und gewährt (!) haben. Sie erblicken das Licht der Welt als unliebsame Gäste und würden es nie erblickt haben, wenn nicht § 218 des Strafgesetzbuches Erzeuger und Mütter davon zurückschreckte, das leimende Leben abzutöten. Früchte des Wohnungselends! Und das Wohnungselend beherrscht ihre Kindheit, ihre reifere Jugend, ja zumeist ihr ganzes Leben. Es drückt ihm seinen häßlichen Stempel auf.

Wohnungselend wirkt nicht geburtenhemmend. Es verhindert oder erschwert die freie Selbstbestimmung der Zeugung. Es erhöht die Gewalt der Verhältnisse, entwarfneit die Jugend und steigert rohe Sinnlichkeit bis zur Hemmunglosigkeit. Es verwandelt Liebe in Gier, entbeiligt die Leidenschaft der Liebe und verhindert geradezu deren edle Steigerung bis zur vollendeten Reife der frei gewollten Zeugung.

Wirkt Wohnungselend geburtenfördernd; so aber zweifellos ganz und gar widersprechend einer vernünftigen, humanen, sittlichen Ueberlegung der zeugenden und gebärenden Individuen und im Gegensatz zu einer vernünftigen bevölkerungspolitischen Sozialpolitik und rationalen Wirtschaftspolitik. Denn Ziel einer solchen Politik ist möglichst hohe Geburtenzahl bei Steigerung der Qualität. Nicht blinde Stützjährlingzucht, sondern Persönlichkeitswertzucht. Auch im Interesse der Wirtschaft, auch im Interesse der Industrie. Die deutsche Industrie kann nur durch Qualitätsarbeit den Weltmarkt zurückerobern. Also fordern wir Zeugungsbeschränkung und -regulierung.

Menschen sollen nur freiwillig und wohlüberlegt zur Welt gebracht werden. Darum auch hinweg mit dem § 218 StGB! Empfängnisse, die nur aus Juxxilligkeiten, aus nervöser Ueberreizung herkommen, sollen — sofern dies der Wille der Frau ist, befristet werden können, ohne daß dem Helfer wie der Geholfenen Gefängnis oder Zuchthaus drohen. Leben soll, was nach dem persönlichen Willen des Erzeugers und der Begatteten leben soll. Unmöglich ist es, Menschen durch strafrechtliche Drohung zu zwingen, ein Kind zur Welt zu bringen, und erst gar unmöglich ist es, sodann diesem, gegen den Willen seines Erzeugers und der Mutter geborenen Kinde nicht alle Vorbedingungen einer gesunden Aufzucht von vornherein von Staats wegen zu sichern. Denn der Wille, ein Menschenleben werden zu lassen, ist lechlich für dieses Menschenleben verantwortlich. Liegt dieser Wille aber nicht bei dem zeugenden oder gebärenden Individuum, sondern beim Staat, so trägt auch er, „Vater Staat“, die väterliche und zugleich mütterliche Verantwortung für das Kind; und es ist im höchsten Grade unmöglich vom Staat, diese Verantwortung nicht ganz und gar auf sich zu nehmen. Solch ein Kind ist ein Staatskind und lebt — moralisch betrachtet — ganz und gar zu Lasten des Staates, der seine Geburt durch grausame Strafandrohung erpreßt hat.

Es gibt nicht nur ein Recht auf Leben, es gibt ein nicht weniger sittliches Recht auf Lebenserweiterung. Das eine wie das andere ist Recht schon des Ungeborenen. Mit dem ersten Schrei des neugeborenen Menschen meldet er seinen Rechtsanspruch darauf an, daß ihm die äußerlichen Möglichkeiten gewährt werden, teilzunehmen an all den Lebenserleichterungen, die die menschliche Gesellschaft geschaffen hat. Dieser Rechtsanspruch trifft die Willensmutter, die es bewirkt hat, daß ein Mensch geboren wurde. Gehe, dies gegen den Willen der natürlichen unmittelbaren Lebensgeber, nur kraft strafrechtlichen Zwanges, so trifft dieser Rechtsanspruch den Urheber und Träger solchen Zwanges, den Staat. Die Gesellschaft, die staatliche Fürsorge, haftet dem Neugeborenen dafür, daß er teilhaben an all den Glücksmöglichkeiten des gesellschaftlichen Daseins.

Erster Anspruch ist aber der auf ein schützendes Heim. Wie erfüllt nun der Staat seine staatsväterliche Pflicht? Bei der Wohnungsaufnahme vom Mai 1925 wurden in Berlin ermittelt — ausschließlich der leertehenden Wohnungen, Baracken und Lauben — 1172 000 Wohnungen, worin 1 246 000 Haushaltungen mit 3 876 000 Bewohnern hausten. Von diesen Wohnungen waren 22 600 (1,9 Prozent) Kellerrwohnungen mit 24 000 Haushaltungen und 71 000 Bewohnern. Nur 1,9 Prozent, aber doch 22 600 Kellerrwohnungen in Berlin. Und 24 000 Haushaltungen mit 71 000 Köpfen wohnen in diesen Kellerrwohnungen!

Diese Zahlen bekommen erst Gesicht, wenn man erfährt, wie Berliner Kellerrwohnungen beschaffen sind.

Bei einer Studienfahrt des „Deutschen Vereins für Wohnungsreform“ habe ich im Januar 1929 auch in Berlin einige Kellerrwohnungen besichtigt. Die Berichte und gesammelt erschienen in Heft 7 der Schriften des genannten Vereins. Zuviel des Glends, als daß ich es hier ausbreiten könnte. Schlimmer ist es als alles, was ich im Waldburgischen Glendsbezirk, in den armseligen Städtchen und Dörfern der Eifel und des Moselgebietes und des Erzgebirges zu sehen bekommen habe — schlimmer, weil es inmitten der Steinwüste Berlin sich befindet, fernab von der Natur, fernab von Berg, Wald, Fluß, Wiese — schlimmer auch darum, weil der Weltstädter nervös, zermürbt, aufgepeitscht, dem Gift des Wohnungselends viel leichter erliegt, als die Menschen dort draußen.

Von den bei der Wohnungszählung im Mai in Berlin gezählten 1 245 000 Haushaltungen hielten 134 000 Haushaltungen 180 000 familienfremde Bewoher und Beschläfer. Es sind nicht wohlhabende Familien des Bürgertums, die Schlaggänger und Zimmermieter halten, sondern Familien des verarmten Mittelstandes und der Arbeiterklasse. Und es sind die besten und gesündesten Räume der Wohnung, die sie abvermieten. Die Haushaltungsfamilie selbst drängt sich in den engsten licht- und luftärmsten Räumen zusammen. Dadurch wird das Wohnungselend in sittlicher und gesundheitlicher Hinsicht bedenklich verschlimmert.

50 Prozent aller kinderreichen Familien gehören dem Arbeiterstande an. Die Reichswohnungszählung von 1927 hat in den 45 deutschen Großstädten (ohne München) rund 280 000 kinderreiche Familien mit 1 350 000 Kindern ermittelt. Etwa 54 Prozent dieser Familien haben vier, 25 Prozent fünf, 21 Prozent sechs und mehr Kinder.

Im Kreise Waldburg (Schlesien), einem Notstandsgebiet, dessen Bevölkerung sich überwiegend aus Bergwerksarbeitern zusammensetzt, leben nach der Kreiswohnungszählung vom März 1927 annähernd 44 000 Menschen in einräumigen Wohnungen; und diese „Wohnungen“ befinden sich in verfallenen Häusern. Oft sind die Wände feucht, die Dielen verrotzt und von Ungeziefer durchwühlt. Ebenso fand ich's im Erzgebirge, ebenso im Mosel- und Eifelgebiet.

Nach der Reichswohnungszählung 1927 waren allein in Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern rund 490 000 Wohnungen überfüllt, worin 3,2 Millionen Menschen hausten. Man schätzt 1928 die Gesamtzahl der überfüllten Wohnungen im Deutschen Reich auf mindestens 750 000 und die Zahl der darin Wohnenden auf 5 Millionen.

Bei der Beantwortung der oben gestellten Frage, wie nun der Staat seine staatsväterliche Pflicht diesem Wohnungselend gegenüber erfüllt, ist zu beachten, daß die Reichsverfassung dem Reich auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens nur die Rahmengesetzgebung überlassen hat, und daß, soweit es

nach um verwaltungsrechtliche Maßnahmen im Rahmen dieser Gesetzgebung handelt, die Anordnungsbezugnis im einzelnen in weitgehenden Umfang der Gesetzgebung bzw. Verwaltung der Länder und teilweise sogar dem Sazungsrecht der kommunalen Körperschaften überlassen ist.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf die Wohnungspolitik des Reiches einzugehen. Aber gesagt werden muß hier doch, daß der Reichsarbeitsminister einen äußerst schweren Kampf führt um jede einzelne Million, die es ermöglicht, auch durch praktische Maßnahmen des Reiches diesem Wohnungselend beizukommen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die am 11. März erfolgte Verabschiedung eines vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Gesetzes, wonach Hauszinssteuerhypotheken ausschließlich für Wohnungsbau und für Siedlungen zu verwenden sind, von allergrößter Bedeutung für die Lösung des deutschen Wohnungsproblems. Werden doch die Rückflüsse für das ganze Reich von zuständiger Stelle geschätzt auf

63 000 000 M.	im Jahre 1930,
76 000 000 M.	im Jahre 1931,
90 000 000 M.	im Jahre 1932,
105 000 000 M.	im Jahre 1933,
120 000 000 M.	im Jahre 1934.

Wie unvernünftig und unwirtschaftlich es ist, bei derartigen Wohnungsverhältnissen ein Volk durch strafrechtliche Drohungen zu zwingen, sich fortzupflanzen, beweist nicht nur die Statistik der Krankheiten, die Statistik der Todesfälle und der Fürsorgeorgane, sondern auch die Kriminalstatistik.

Die Fachwelt gibt zu, daß die Wohnungsnot vor Ablauf eines weiteren Jahrzehnts nicht zu beheben sein wird. Sollen wir nun bevölkerungspolitisch die Dinge laufen lassen wie sie eben laufen? Dieses Laufenlassen würde der Nation schlecht bekommen.

Verminderung der Geburten bedeutet nicht nur für die Industrie- und Arbeiterklasse, sondern auch für den städtischen Mittelstand wirtschaftliche Entlastung, Verbesserung der Lebenshaltung, Raumgewinnung und erhöhte Möglichkeit geistiger Kultur; aber selbst vom Standpunkt des Kaninchenzüchters betrachtet, verbietet sich der Gebärzwang, solange dem Volk nicht gesunde Wohnungsverhältnisse gegeben sind.

Nicht Quantität, sondern Qualität bedingt heute den Erfolg im Wettstreit der Nationen. Qualitätsmenschen lassen sich aber in überfüllten proletarischen Wohnungen nicht heranziehen. Die besten natürlichen Anlagen eines Menschenkinds müssen nicht nur verkümmern, sondern sie werden umgebogen ins Asoziale, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Wohnungsverhältnisse im argen liegen.

Eine von kulturellen Zielen geleitete Bevölkerungspolitik muß den Wohnungsverhältnissen des Volkes Rechnung tragen. Es wäre eine kurzfristige Bevölkerungspolitik, die das Sinken des Geburtenstandes im deutschen Volk als Zeichen des Niederganges und nicht als natürliche Reaktion eines gesunden und aufstrebenden Volkes auf die unglücklichen Wohnungsverhältnisse unserer Zeit einschätzte.

Victor Noack.

Rote Gewerkschaften.

Alles ist schon einmal dagewesen! Als Arthur Hammer seine „Union der Hand- und Kopparbeiter“ gründete, stand ihm die RPD zunächst nicht sehr freundlich gegenüber. Aber Arthur Hammer legte sich durch. Er nahm von seinen Mitgliedern nur einen geringen Beitrag und verstand es so, in verhältnismäßig kurzer Zeit eine stattliche Mitgliederzahl zusammenzubringen. Daß diese Mitglieder nicht gerade den wertvollsten Teil der Arbeiterschaft verkörperten, tat nichts zur Sache. Er kam mit der großen Mitgliederzahl und machte damit in Moskau Eindruck. Die Rote Gewerkschaftsinternationale erkannte ihn an und nahm die Union in die Internationale auf. Nun begann sich die Taktik der RPD in Deutschland zu ändern. Hieß es vorher: „Hinein in die Gewerkschaften“, so lautete nun die Parole: „Raus aus den Gewerkschaften; hinein in die Union der Hand- und Kopparbeiter!“ Die Union blähte sich auf. An ihrem Sitze in Gelsenkirchen wurde ein eigenes Haus erworben und Arthur lebte herrlich und in Freuden. Marktschreierlich rief er das Unwahre seiner Gründung in die Welt hinaus, doch wie bald hatte der große Hammer ausgeschwungen! Von der „Union der Hand- und Kopparbeiter“ ist nichts mehr übrig geblieben als die Erinnerung an die unheilvolle Rolle, die sie zum Schaden der Arbeiterschaft in den unruhigen Zeiten von 1920 bis 1924 gespielt hat. Arthur Hammer hat jetzt zur Abwechslung einen Arbeiter-Luftsportverband gegründet.

Als die Seifenblase, „Union“ genannt, geplatzt war, brachte die RPD eine neue Parole heraus: „Hinein in die Gewerkschaften!“ Bis heute ist diese Parole noch nicht zurückgenommen, aber wenn nicht alles trügt, sind in Kürze neue Befehle zu erwarten. „Kommando zurück! Raus aus den Gewerkschaften!“ In Essen ist ein „Verband der Bergarbeiter“ gegründet worden, der in zwei Stadtteilen Zahlstellen mit einigen Mitgliedern hat. Es handelt sich um die Unentwegten, die aus dem Bergbauindustriearbeiterverband ausgeschlossen worden sind. Nun sind aber auch aus anderen Verbänden Kommunisten wegen Gewerkschaftsschädigung ausgeschlossen worden. Dieses läßt den Leiter der Gewerkschaftspalatzentrale Ruhrgebiet, den strebsamen jungen Berliner Anton Saefkow nicht ruhig schlafen. Die RPD verkündet stolz, daß sie nun eine „bolshewistische“ Partei geworden sei und „klare, unverfälschte Massenarbeit zur Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf revolutionärer Grundlage“ zu leisten habe. Das ist der Punkt, wo Anton Saefkow einhalten will. Er will in den Spuren des großen Arthur Hammer wandeln und eine „Rote Gewerkschaft“, ähnlich wie die „Union der Hand- und Kopparbeiter“, gründen. Die Vorarbeiten sind bereits getroffen. Die kommunistischen Mitglieder aller Gewerkschaften, vornehmlich aber die des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter und des Deutschen Metallarbeiterverbandes sollen Anträge auf geschlossene, bedingungslose Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Mitglieder stellen. Mit der Ablehnung dieser Anträge wird gerechnet und dann sollen auch die übrigen Mitglieder den Bruch herbeiführen und sozial Mitglieder wie möglich aus den Verbänden herausziehen. Mit diesen Mitgliedern will dann Anton Saefkow die „Rote Gewerkschaft“ aufziehen. Er sagt sich: Das Ruhrgebiet ist das wichtigste Industriegebiet Deutschlands. Wenn sich hier nun eine rein kommunistische Gewerkschaft bildet und ich diese Bildung genügend begründen kann, dann muß uns das Zentralkomitee und auch Moskau anerkennen, denn sie propagieren doch Zusammenschließung aller revolutionären Kräfte. „Die kommunistische Internationale“, Zeitschrift des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, schreibt in ihrem Heft Nr. 14 vom 16. April 1930:

„Die Gründung der roten Gewerkschaften und ihr Wachstum in Frankreich, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Lateinamerika und in den meisten kolonialen Ländern zeigen am besten, daß die Kommunisten sich nicht durch starre Auffassungen über die Organisationsformen binden lassen. Niemand von den Leninisten dachte daran, „um der Spaltung willen“ neue Gewerkschaften zu gründen. Aber kein einziger Kommunist darf nach der Methode von Brandler, Watscher und Co. die Gründung von roten Gewerkschaften für einheitschädigend erklären, wenn es schon keine Möglichkeit mehr gibt, in den reformistischen, sich faschijierenden Gewerkschaften revolutionäre Massenarbeit zu leisten.“

Die Bahn für Anton Saefkow ist frei. Die Anerkennung einer roten Gewerkschaft ist sicher. Aber Anton ist auch ehrgeizig. Im Juli dieses Jahres findet der fünfte Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau statt und Anton Saefkow will selbstverständlich dorthin fahren. Darum hat er es eilig. Er will in Moskau einen großen Coup machen und bereits mit einer fix und fertigen roten Gewerkschaft aus dem Ruhrgebiet, der „Bassentammer Deutschlands“, antreten. Schon hat er seinen Betreuen den Auftrag gegeben, den Bruch ipälestens Ende Mai durchzuführen. In der betreffenden Sitzung, als man so ganz unter sich war, wurde endlich einmal offen von der beabsichtigten Spaltung gesprochen. Die Verschwörer gegen die freien Gewerkschaften versprachen, die Befehle Saefkows auszuführen und Anton träumt schon vom Orden des „Roten Sterns“ oder „Roten Banners“. Vielleicht wird er auch Ober eines bolschewistischen Regiments oder ein Traktor wird nach ihm benannt, vielleicht macht auch die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft einen Strich durch die Rechnung und läßt ihn den Traum von der roten Gewerkschaft allein weiterträumen.

Herr Saefkow! Sie sind noch ein junger Mann, lassen Sie sich warnen! Ihr großes Vorbild Arthur Hammer hat schon seit Jahren keine rote Gewerkschaft mehr und ist ebenfolange aus der Partei ausgeschlossen. Passen Sie auf, daß Sie nicht denselben Weg gehen. Schon gibt es in Ihrer Partei „führende“ Leute, die Sie für einen ehrgeizigen Streber erklären und nur darauf warten, daß Sie einmal mit einer „Aktion“ gründlich daneben gehen, um Sie dann unter den von Ihnen selbst geschaffenen Trümmern zu begraben. Ansonsten sehen wir der Gründung der roten Gewerkschaften mit eisiger Ruhe entgegen. Die freien Gewerkschaften haben schon so viele Grüppchen kommen und gehen sehen, daß sie Ihr neues Vereinen auch bestimmt überleben werden!

Was verdienen die Bergarbeiter im europäischen Steinkohlenbergbau?

P. Z. In der letzten Nummer der „Bergbau-Industrie“ gaben wir einen Ueberblick über die Urlaubsverhältnisse im internationalen Steinkohlenbergbau. Wir wollen heute ein gleiches tun bezüglich der Entlohnung der Bergarbeiter in den europäischen Steinkohlengebieten. Gerade diese Frage wird ja unsere Kameraden besonders interessieren. Auch hierüber sind vom Internationalen Arbeitsamt Erhebungen angestellt worden, die sich auf das Jahr 1927 beziehen. Ein gleiches geschah bezüglich der Arbeitszeitverhältnisse. Darüber aber werden wir erst in der nächsten Nummer berichten. Eine Untersuchung der Entlohnungsverhältnisse der Bergarbeiter in verschiedenen Ländern ist sehr schwer. Der Kohlenbergbau weist eben hier eigene Verhältnisse auf. Es ist nicht wie in anderen Berufen, in denen man nur mit dem einfachen (Weld-)Tagelohn zu rechnen hat, wozu vielleicht noch Beiträge zur allgemeinen Versicherung kommen. Man denkt nur an die Sonderverhältnisse im deutschen Bergbau. Hier haben wir neben der allgemeinen Versicherung noch die Knappschaftspensionsversicherung. Daneben werden im Bergbau in allen europäischen Staaten verbilligte Kohlen (Deputatkohlen) geliefert. Zum Teil werden dem Bergmann im europäischen Bergbau Vorteile gewährt bezüglich Wohnung. Mancherorts werden hierfür besondere Zuschläge gewährt. Man sieht also, daß hier viele Momente zu berücksichtigen sind, die in anderen Berufen keine Rolle spielen.

Für die internationale Untersuchung spielte auch die Frage eine Rolle, ob die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung als „Entlohnung“ gelten. Das gleiche ist der Fall bezüglich der Familienzulagen und der Urlaubsvergütung. Wir sind geneigt, die Arbeitgeberbeiträge als Entlohnung mitzurechnen. Die Leistungen der Sozialversicherung kommen ja nur dem Arbeiter zugute. Bei Wegfall der Arbeitgeberbeiträge wären diese Leistungen (Krankengeld, Invalidenpension, Renten) viel geringer als heute. Diese Leistungen gehören also zu dem „Verdienst“, das dem Arbeiter auf Grund seiner Arbeit gewährt wird. So gesehen zerfällt der Lohn des Bergmannes in sechs Hauptpositionen: 1. Nettogeldlohn, 2. Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung, 3. Bar-(Familien-)zulagen, 4. Deputatkohlenvorteil, 5. Urlaubsabgeltung, 6. Naturalzuwendungen. Nachstehend geben wir eine Tabelle, die aufzeigt, in welchem Verhältnis (Prozent) diese Lohnanteile in den einzelnen Ländern erfolgt:

Land	Spezialer- beitrag zur Sozialver- sicherung	Bar- zulagen	Deputat- kohlen- vorteil	Urlaubs- abgeltung	Staat- s- zulagen	Staat- s- zulagen	Staat- s- zulagen	Staat- s- zulagen	Staat- s- zulagen	Staat- s- zulagen
Großbritannien	2,4	—	2,6	1,3	—	5,0	11,3	88,7		
Belgien	1,8	1,1	4,3	0,2	—	4,9	12,3	87,7		
Niederlande	5,4	3,9	0,8	1,6	1,4	8,8	21,9	78,1		
Frankreich	4,5	2,9	2,5	8,2	—	6,6	24,7	75,3		
Saargebiet	7,6	6,6	3,2	0,1	1,7	8,8	28,0	72,0		
Tschechoslowakei	6,2	2,9	6,0	1,3	2,2	10,0	28,6	71,4		
Polen:										
Oberschlesien	7,3	4,0	4,3	2,9	2,1	10,9	31,5	68,5		
ganzes Land	6,5	5,5	4,1	3,3	2,3	10,2	31,9	68,1		
Dombrowa	4,3	9,7	4,0	5,0	2,8	7,5	33,3	66,7		
Deutschland:										
Oberschlesien	12,4	2,4	2,3	1,6	12,7	31,6	68,4			
Ruhrgebiet	13,3	2,8	1,1	2,6	12,4	32,2	67,8			
Sachsen	13,3	1,2	2,7	—	2,3	14,0	33,5	66,5		

Es zeigt sich also, daß die englischen und belgischen Kameraden nur einen verhältnismäßig kleinen Teil an „soziale Positionen“ abgeben (11,3 und 12,3 Proz.). Dann kommen die Niederlande mit 21,9 und Frankreich mit 24,7 Prozent. Alle übrigen Staaten bewegen sich um 30 Prozent herum. Dafür ist aber das Risiko der englischen und belgischen und auch noch holländischen und französischen Kameraden viel größer für Krankheit und Invalidität als für die anderen.

Die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung sind besonders hoch in Deutschland, Polen, dem Saargebiet und der Tschechoslowakei infolge des weiten Geltungsbereichs der Sozialversicherungsgesetzgebung in diesen Ländern.

Barzulagen bestehen meistens in Familienzuschlägen, die für die Ehefrau und die Kinder gewährt werden. Sie werden in allen europäischen Kohleproduzierenden Ländern bezahlt mit Ausnahme von Großbritannien und sind im Bezirk von Dombrowa und im Saargebiet besonders hoch.

Deputatkohle oder verbilligte Kohle hat eine besondere Bedeutung in Polen, Belgien und der Tschechoslowakei.

Als andere Naturalzuwendungen ist insbesondere die Bewilligung von Wohnungen zu betrachten. Dieser Anteil am Lohn ist besonders hoch in Frankreich infolge der Bautätigkeit in Nordfrankreich während der Nachkriegszeit. Bei diesen Posten entsprechen wie bei der Deputatkohle die angegebenen Beträge, falls die Zuwendung zu einem verbilligten Preis geschieht, der Differenz zwischen dem Handelspreis und dem ermäßigten Preis.

Bezahlten Urlaub gibt es weder in Großbritannien noch in Frankreich und Belgien. Die Entschädigungen für den Urlaub machen im allgemeinen 2 bis 3 Proz. der Gesamtlohnsumme aus.

Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sind in jenen Ländern hoch, in denen auch die Arbeitnehmerbeiträge sehr hoch sind, da die meisten Versicherungssysteme auf den Beiträgen beider Parteien beruhen. Der Beitrag der Arbeitgeber ist jedoch höher als der der Arbeitnehmer, da insbesondere die Beiträge für die Unfallversicherung nur zu Lasten der Arbeitgeber gehen.

Nachdem wir nun gesehen, wie sich der Lohn des Bergmannes aufteilt, wollen wir einmal die nominelle Lohnhöhe selbst kennen lernen. Die einzelnen Staaten gaben die Löhne an in ihrer Landeswährung. Das gibt an sich natürlich keinen richtigen Vergleich. Wir haben deshalb die angegebenen Löhne auf eine Währung umgerechnet und wählten hierfür den Goldfrank. Wir geben nachstehend eine Tabelle hierüber. Die ersten drei Rubriken zeigen die Löhne, wie angegeben, in der Landeswährung. Die letzten drei zeigen die Löhne, von uns umgerechnet in Goldfrank. Demnach verdienen die Bergarbeiter

1927 (einschließlich aller „sozialen Positionen“ und Arbeitgeberbeiträge):

Land	In Landeswährung:			In Goldfrank:		
	Unter- tagelöhner	Arbeiter	alle Arbeiter	Unter- tagelöhner	Arbeiter	alle Arbeiter
Deutschland:						
Ruhrgebiet	10,25	8,31	9,90	12,61	10,22	12,13
Oberschlesien	7,82	6,81	7,59	9,62	8,38	9,34
Sachsen	9,42	8,07	9,05	11,59	9,93	11,13
Belgien	51,00	36,52	46,64	7,14	5,11	6,53
Frankreich	41,67	31,02	38,65	8,33	6,20	7,73
Großbritannien	12 3	8 10	11 6	15,16	10,20	13,94
Niederlande	6,33	4,67	5,87	13,17	9,71	13,20
Polen:						
ganzes Land	10,24	8,56	9,74	6,10	5,05	5,75
Tschechoslowakei	54,82	45,08	52,50	8,22	6,76	7,88

Schon aus dieser Tabelle geht hervor (siehe Goldfranklöhe), daß ein gewaltiger Unterschied in der Entlohnung aller europäischen Bergarbeiter besteht. Trotzdem aber gibt diese Darstellung noch kein richtiges Bild. Schließlich kommt es nämlich darauf an, was sich der Bergmann mit seinem Lohne kaufen kann. Man nennt das Reallohn. Was die Tabelle zeigt, sind Nominallöhe. An ihnen erhebt man nur, wieviel Goldfrank ein Bergmann bekommt. Da die Preise in den einzelnen Ländern aber verschieden sind, bekommt man nicht für daselbe Geld die gleiche Warenmenge. Erst wenn man weiß, wieviel Waren der einzelne Bergmann kaufen kann, hat man einen Vergleich für die wirkliche (reale) Lohnhöhe. Das galt es also festzustellen. Hierzu gab es mehrere Möglichkeiten. Einmal konnte man die Preise in jedem Gebiete feststellen, um dann auszurechnen, was man alles für den Lohn haben könnte. Aber das konnte kein richtiges Bild geben. Es werden nicht in jedem Lande dieselben Dinge gekauft und verbraucht. In einem Lande hält der Arbeiter mehr auf gute Wohnung und Kleidung, im anderen mehr auf Nahrung, Sport usw. Außerdem gibt es in einem Lande gute und billige Wohnungen und Kleidung, während es sonst umgekehrt ist. Ein annähernder Vergleich ist deshalb nur mit Lebensmitteln möglich. Hier kann man wieder ein Hauptnahrungsmittel herausgreifen, jagen wir das Brot. Besser oder ist, eine ganze Reihe der wichtigsten Nahrungsmittel zu nehmen. Man sagt: einen Lebensmittelforb der Berechnung zugrunde legen. Und demnach wurde auch bei der Berechnung des Reallohnes verfahren. Es wurde also eine bestimmte Menge der wichtigsten Nahrungsmittel herausgegriffen, die den vollen Lohn eines englischen Bergarbeiters kosten. Nun wurde festgelegt, was diese Warenmenge in den anderen Ländern kostet. Hat man das an den Preisen dieser Waren in den anderen Ländern festgestellt, dann ist es leicht zu errechnen, wie-

viel man davon bekommt für einen Bergarbeiterlohn in diesen Ländern. Wir geben nachstehend eine Tabelle, die hierüber Auskunft gibt. Sie zeigt, wieviel Prozent sich die Bergarbeiter der europäischen Steinkohlengebiete kaufen können von einer Lebensmittelmenge, die der englische Bergmann ganz, also zu 100 Prozent, kaufen kann für seinen Lohn.

Land	Gesamtverdienste	
	Untertagearbeiter	Alle Arbeiter
Großbritannien	100	100
Niederlande	101	100
Deutschland: Ruhrgebiet	79	80
Belgien	70	68
Frankreich:		
Norden und Pas de Calais	66	66
Deutschland: Sachsen	67	68
Saargebiet	67	69
Tschechoslowakei	66	67
Deutschland: Oberschlesien	60	61
Polen: Oberschlesien	53	54
Dombrowa	53	51

Am schlechtesten stehen sich also die Polen, die nur die Hälfte von dem kaufen können, was der englische Bergmann für seinen Lohn erhält. In dieser Darstellung kam nur zum Ausdruck, wie das Verhältnis liegt im Vergleich zu den Tagesverdiensten. Interessant dürfte es aber sein, auch den Vergleich mit Jahresverdiensten anstellen zu können. Der sieht nämlich so aus:

Land	Gesamtverdienste	
	Untertagearbeiter	Alle Arbeiter
Großbritannien	100	100
Niederlande	123	118
Deutschland: Ruhrgebiet	92	93
Belgien	85	81
Frankreich:		
Norden und Pas de Calais	81	79
Deutschland: Sachsen	77	77
Saargebiet	80	80
Tschechoslowakei	71	72
Deutschland: Oberschlesien	70	71
Polen: Oberschlesien	61	61
Dombrowa	60	58

Jetzt steht Holland weit an der Spitze. Auch die übrigen Staaten haben sich stark an die englischen Verhältnisse herangeschoben. Woher kommt das? Durch die vielen Feiertage, die die Engländer im Erhebungsjahr hatten! Der englische Bergarbeiter verdient wohl je Schicht einen verhältnismäßig hohen Lohn, konnte aber nicht soviel Schichten im Jahresdurchschnitt machen, als die übrigen. Es bestanden damals für den englischen Bergbau schon die Verhältnisse, wie wir sie gegenwärtig im deutschen haben (Feiertage). Trotzdem aber führt der englische Bergmann neben dem holländischen immer noch. Hier allmählich einen Ausgleich zu schaffen zwischen den einzelnen Staaten ist eine Hauptaufgabe der Bergarbeiterinternationale.

Internationaler Bergarbeiterkongress.

In Krakau, in einem sehr schönen Tagungsort, dem Ratsgebäude im Rathaus, begann am 12. Mai der Internationale Bergarbeiterkongress. Wie üblich, ging ihm eine

Sitzung des Exekutivkomitees

voraus, in der die Vorarbeiten für die Kongressgeschäfte erledigt wurden. Ungarn und Amerika hatten sich entschuldigt. Zum Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm wurden als Delegierte der Bergarbeiterinternationale der Sekretär Kamerad Delattre und Kamerad Richardsson bestimmt, eine Anzahl anderer Kameraden, so von Deutschland Husemann, nehmen als Delegierte ihrer gewerkschaftlichen Landeszentralen an dem Kongress teil. An der Generalversammlung des österreichischen Verbandes wird als Vertreter der Internationale Kamerad Jarolim teilnehmen. Die norwegische Organisation, die um Eintritt in die Internationale nachgehacht hatte, gehört der Amsterdamer Internationale nicht an, ihr soll mitgeteilt werden, daß sie nicht aufgenommen werden kann, so lange ihr Verhältnis zu den Russen nicht geklärt ist. Die nächste Komiteesitzung wird am 11. September in Lüttich stattfinden.

Die Eröffnung des Kongresses

erfolgte nachmittags 3 Uhr in dem geschmackvoll und praktisch eingerichteten Ratsgebäude. Selten hat ein Kongress so schöne Versammlungs- und Nebenräume zur Verfügung gehabt. Nachdem mit einigen Musikstücken, u. a. der „Internationale“, eingeleitet war, eröffnete Dejardin den Kongress. Der Bürgermeister von Krakau begrüßte den Kongress. Er wies auf die wissenschaftliche und kulturelle Bedeutung Krakaus hin, auf das 700 Jahre alte benachbarte Salzbergwerk und das nicht weit entfernte Kohlenbecken. Die Probleme, die diesen Kongress beschäftigen, seien Krakau nicht fremd, er wünsche den Arbeitern besten Erfolg. (Beifall.)

Sulawski, Generalsekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale Polens und Stanczyk, der Vorsitzende des polnischen Bergarbeiterverbandes, überbrachten die Grüße ihrer Organisationen, wobei sie darauf verwiesen, daß die polnischen Organisationen erst vor zwölf Jahren aus den Organisationsreflexen von drei Ländern aufgebaut werden konnten. Schwere wirtschaftliche und politische Kämpfe liegen hinter und vor ihnen. Um so mehr sind die polnischen Arbeiter erfreut, daß der Kongress nach Krakau gekommen ist, wo sie ihn herzlich willkommen heißen.

Der Präsident Dejardin dankt für die Begrüßung und gedenkt dann, bei stehender Versammlung, der Opfer, die der Bergbau seit dem Kongress von Nimes gefordert hat. In fast allen angeschlossenen Ländern, in Belgien, Frankreich, Holland, England, Deutschland, Tschechien, Polen, Österreich, Jugoslawien und Spanien gab es Katastrophen, die vielen Bergleuten das Leben kosteten. Um so energischer muß der Kampf der Internationale um Leben und menschenwürdige Existenz des Bergmanns sein! Eine Reihe bekannter Bergarbeiterführer sind seit Nimes ebenfalls dahingegangen. Auch ihrer gedenken wir mit Dank.

Herzliche Worte des Dankes widmete Dejardin dem aus-
gezeichneten Präsidenten Herbert Smith, der seit 1890, seit

Solimont, stets tapfer für die Interessen der Bergleute eingetreten sei. Mit einem Rückblick auf die Arbeiten und Erfolge seit Nimes schloß Dejardin seine Begrüßungsrede. Als Gast ist noch eingetroffen Mr. Eastman vom Internationalen Arbeitsamt. Es folgen die Wahlen der Mandatsprüfungs- und Geschäftskommission, der Redaktionskommission und Bestimmung des Präsidenten und Vizepräsidenten. An den folgenden Tagen werden den Kongress leiten die Kameraden Stanczyk (Polen), Husemann (Deutschland), Bigne (Frankreich), Richards (England).

Die Tagesordnung des Kongresses umfaßt folgende Punkte:

1. Begrüßungsrede des Präsidenten.
2. Wahl der Stimmenzähler und folgender Kommissionen:
a) Mandatsprüfungskommission;
b) Geschäftsordnungskommission;
c) Redaktionskommission.
3. Tätigkeitsbericht des Exekutivkomitees seit dem Nimer Kongress (Ende Mai 1928) und über die Genfer Konferenzen.
Berichterstatler: Delattre, Intern. Sekretär.
4. Rationalisierung im Bergbau.
Berichterstatler: Dr. Berger, Bochum (Deutschland).
5. Die Berufsausbildung der Bergarbeiter.
Berichterstatler: van der Bilt (Holland).
6. Die Zusammenfassung der Kampfmethoden — Festsetzung der Löhne — Schieds- und Schlichtungsverfahren.
Berichterstatler: A. J. Cook (Großbritannien).
7. Auswanderung und Einwanderung.
Berichterstatler: Dethier (Belgien).
8. Der Kampf gegen den Krieg.
Berichterstatler: Quintin (Frankreich).
9. Die Entschädigung der Arbeitsunfälle und der Berufskrankheiten.
Berichterstatler: Borgschulze (Deutschland).
10. Die Arbeitsaufsicht in den Bergwerken.
Berichterstatler: Bigne (Frankreich).
11. Bergarbeiterferien.
Berichterstatler: Stanczyk (Polen).
12. Wahl des Exekutivkomitees.
13. Festsetzung des Ortes und des Datums des nächsten Kongresses.

Der erste Kongress tag brachte lediglich die Eröffnung und die Begrüßungsreden sowie Konstituierung des Kongresses.

Der zweite Kongress tag wurde mit einer Trauerrachricht eingeleitet. Ein Telegramm meldete, daß auf der Konfordia-Grube in Schlesien eine Explosion neun Tote gefordert hat. Der Kongress bringt sein Beileid durch Erheben von den Sitzen und Entsendung eines Telegramms zum Ausdruck. Nachdem für die Internationale Transportarbeiterorganisation Kamerad Magamin Begrüßungsworte an den Kongress gerichtet hatte, sprach der alte Sozialistenführer Lieberman Begrüßungsworte im Namen der Exekutive der Polnischen Sozialistischen Partei. Er führte aus, daß Krakau die Stätte eines hundertjährigen Unabhängigkeitskampfes, aber auch Ausgangspunkt proletari-

sehen Freiheitskampfes sei. Der polnische Arbeiter hänge mit leidenschaftlicher Liebe an seinem freien Vaterland, er sei aber ebenso international gesinnt und hoffe von der Internationale des Proletariats die Lösung der Probleme, die vor uns stehen. Deshalb wünsche er dem Kongreß besten Erfolg. Die französisch und deutsch vorgetragenen Worte fanden den lebhaftesten Beifall des Kongresses.

Aus praktischen Gründen wird Punkt 4 der Tagesordnung:

Rationalisierung im Bergbau.

zuerst behandelt.

Der Berichterstatter Dr. Berger (Deutschland) schildert den Zwang zur Rationalisierung, wie er durch Kriegserfahrungen gegeben war.

Ueber die Wege der Rationalisierung in Deutschland führte er aus:

Unter den schwierigen Verhältnissen, die nach der Stabilisierung der deutschen Wirtschaft eintraten, ging man dazu über, die Förderung auf die leistungsfähigsten Betriebe zu konzentrieren und weniger leistungsfähige auszuschalten. In Deutschlands größtem Kohlenbecken, dem Ruhrrevier, sank die Zahl der fördernden Betriebe von 234 im Jahre 1913 auf 216 im Jahre 1928. Stärker noch ist die Betriebskonzentration in den Braunkohlen- und Erzrevieren vor sich gegangen.

Auch in den Betrieben selbst fand eine Zusammenlegung statt. Vor allem verlegte man sich auf den Abbau der ergiebigsten Flöze. Ferner wurden die Abbauflächen vergrößert, wodurch Nebenarbeiten (z. B. Herstellung von Querschlägen) gespart und die Transportvorrichtungen besser ausgenutzt werden konnten.

Durch reinerweise Anfahr der Belegschaft, durch maschinelle Personenbeförderung unter Tage und Freigabe von Blindschächten zur Personalfahrt wurde Zeit und Kraft gespart.

Den Hauptanteil an der Rationalisierung im Bergbau hat aber zweifellos die verstärkte Maschinenanwendung. Im gesamten preußischen Steinkohlenbergbau stieg in der Zeit von 1926 bis 1928 die Zahl der Gewinnungsmaschinen von 62 385 auf 92 122, d. h. um 47,7 Prozent. Während im Jahre 1925 von der 141,1 Mill. T. betragenden Förderung 83,9 Mill. T. oder 59,4 Prozent durch Maschinenanwendung gewonnen wurde, waren es 1928 bei einer Jahresförderung von 146,8 Mill. T. bereits 114,1 Mill. T. oder 77,7 Prozent.

Ueber die zunehmende Maschinenverwendung bei der Kohlegewinnung im Ruhrrevier unterrichtet folgende Tabelle:

Art der Maschinen	1913	1926	1927	1928
Bohrhammer	10 141	36 100	37 681	35 909
Drehbohrmaschinen	32	1 918	1 841	1 099
Abbauhämmer, leichte	29	17 863	20 728	33 366
Abbauhämmer, schwere	160	36 524	51 148	48 017
Kohlenstecher	—	311	309	196
Säulenschrämmaschinen	231	795	657	507
Zusammen	10 593	93 511	112 364	119 154

Neben der Zunahme der Gewinnungsmaschinen ist auch eine Vermehrung der schweren Maschinen, der Kraftverbrauchsmaschinen festzustellen. Die Zahl dieser Maschinen stieg im preußischen Steinkohlenbergbau von 153 439 am Ende des Jahres 1926 auf 226 011 Ende 1928 und die Zahl der von ihnen entwickelten Pferdestärken in derselben Zeit von 3 306 610 auf 3 567 224. Eine vermehrte Maschinenanwendung hat man auch in anderen Ländern zu verzeichnen. So wurden z. B. in Amerika schon im Jahre 1923 67 Prozent der Gesamtförderung mittels Maschinen gewonnen.

Eine weitere Rationalisierungsmaßnahme stellt die Steigerung der bergbaulichen Nebengewinnung dar, die mit der gesteigerten Kohlförderung zusammenhängt. Sie betrug in Deutschland im Jahre 1926 27,3 Mill. T., 1928 dagegen 34,5 Mill. T., was eine Steigerung von 7,2 Mill. T. innerhalb von drei Jahren bedeutet. Beim Verkohlungsprozeß fallen die verschiedenartigsten chemischen Produkte an, wie Gas, Teer, Benzol und Ammoniak. Sie sind für die Wirtschaftlichkeit der Bergwerksunternehmen von großer Bedeutung. In Deutschland sind fernerhin bereits Vorkehrungen getroffen, um weite Teile des Reiches mit dem im Ruhrbergbau erzeugten Zehengas durch Gasfernleitungen zu versorgen. Die Teer-, Benzol- und Ammoniakproduktion bewegt sich in steigender Richtung.

Neuere Erfolge der Rationalisierung.

Alle diese Maßnahmen, wie Konzentration, Mechanisierung und Modernisierung der Betriebe, bewirkten eine Steigerung bei vermindertem Belegschaftsziffer. Dies zeigt sich augenfällig in der Entwicklung der Förderleistung je Mann und Schicht:

Rohrleistung pro Mann und Schicht	1913	1927	1928	1929 Oktober
943	768	1139	669	
1132	847	1341	784	
1191	911	1344	847	
1278	965	1391	828	
Entwicklung in Prozent (1913 = 100).				
120	110	118	117	
126	117	118	127	
136	126	122	124	

Eine ähnliche Entwicklung ist auch in den übrigen Ländern festzustellen. In England stieg der Förderanteil vom ersten Halbjahr 1914 bis zum Jahre 1928 um 6,2 Prozent, in Belgien von 1913 bis 1928 um 4,9 Prozent. Ähnliches gilt für die Tschechoslowakei, während der Jahresförderanteil Hollands in derselben Zeit um 61,7 Prozent stieg. Allerdings bleibt in Frankreich der Förderanteil noch hinter der Förderleistung zurück.

Die Wirkung der Mechanisierung des Bergbaues auf die Bergarbeiter

Ist verschieden zu bewerten, je nachdem man den objektiven Einfluß auf den Arbeitsaufwand oder die subjektive Beeinflussung der Stimmung, ob man die Wirkung auf die Muskel- oder auf die Nerven, ob man endlich die wirtschaftliche oder die seelische Einwirkung in Betracht zieht. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß sich die Bergarbeiter wirtschaftlichen Notwendigkeiten niemals verschließen haben. Die Beschleunigung des Arbeitstempos im Gefolge der Rationalisierung hat zweifellos neue Gefahrenquellen für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter gebracht. Ihre Arbeitskraft wird bei gleichbleibender Schichtlänge stärker ausgenutzt. Ist daraus die Forderung nach erhöhtem Schutz bei Krankheit und Invalidität sowie auf Verbesserung der Grubenlüftung abzuleiten, so muß weiterhin auch angestrebt werden, daß der Bergmann an den Vorteilen der Rationalisierung durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch Erhöhung der Löhne teilnimmt. Bisher ist die Rationalisierungsbewegung im Bergbau noch allzusehr auf die Steigerung der privatwirtschaftlichen Rendite eingestellt gewesen. Ihre volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind noch zu wenig sichtbar geworden. Der Wandel der bergbaulichen Unternehmungsform hat zu einer Konzentration der wirtschaftlichen Verfügungsmacht der Privatindustrie

geführt, wodurch gleichzeitig auch soziale Kräfteverlagerungen stattgefunden haben. Die dauernde Uebereinstimmung von Bedarf und Deckung bzw. Deckungsmöglichkeit erfordert eine Gemeinheitsarbeit internationaler Art, wie sie von der Bergarbeiterinternationale erstrebt wird. Die Schranken der Rationalisierung liegen dort, wo im Fortgange ihrer Entwicklung das Wohl der Arbeiter bedroht wird, sei es durch vorzeitigen Verzehr ihrer Kräfte und Gesundheit, sei es dadurch, daß die infolge des beschleunigten Arbeitstempos freigesetzten Arbeitskräfte andere Erwerbsmöglichkeiten nicht in absehbarer Zeit finden können und der mögliche Segen der Rationalisierung durch den Fluch der Massenarbeitslosigkeit in Frage gestellt wird. Die Aufgabe der Bergarbeitergewerkschaften besteht darin, dafür zu sorgen, daß die Früchte der Rationalisierung allen am Wirtschaftsleben Beteiligten zugute kommen und nicht lediglich der Bereicherung weniger Großkapitalisten dienen. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte führte

Markus (Deutschland) aus: Als Kamerad aus der Grube möchte ich auf diesen Kongreß darauf hinweisen, daß die Rationalisierung im Bergbau Formen angenommen hat, die in ihrer Auswirkung auf den einzelnen Arbeiter oft nicht mehr zu ertragen sind. Krankheiten und Unfälle, Zerrüttung des Körpers nehmen zu. Deshalb fordern wir Ausgleich durch höhere Löhne für bessere Lebenshaltung, Ausbau der Sozialversicherung zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebensabends für den invaliden Arbeiter. (Beifall.)

Davis (England) führte aus: Der Bericht behandelt die Folgen der Rationalisierung für die Bergleute ungenügend. Die Rationalisierung wirkt ungünstig auf Löhne und Arbeitsintensität. Sie führt auch nicht zu harmonischer Weltwirtschaftsführung, sondern eher zu neuer Anarchie, zu neuer Gefahr wie 1914. Der Kongreß sollte erklären, daß die Rationalisierung dem Bergmann nichts nützt, sondern ihm größte Ausbeutung und Arbeitslosenunterstützung erweitert, alte Bergleute über 60 Jahre invalidisiert werden. (Deutsche Zurufe. Ist bei uns mit 50 Jahren möglich!) Das Schulalter müßte erhöht werden, damit nicht 14jährige in die Grube gehen können, wo genug Alte vorhanden sind. (Deutsche Zurufe: Bei uns nicht unter 16 Jahren!) Redner wünscht eine Verweisung des Berichts an das Komitee und eine Entschliebung zur Verurteilung der Rationalisierung.

Koffi (Frankreich): Die Methoden der Rationalisierung sind überall dieselben, die französischen Unternehmer studierten die Methoden an der Ruhr und ahmten sie nach. Sie haben kein Interesse, die Arbeit der Bergleute zu erleichtern, sondern nur, die Ausbeute pro Mann zu steigern. Für die Sicherheit der Bergleute ist weniger gesorgt als früher, Schwächere müssen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Krankheiten, Unfälle und Invalidität mehren sich. Mit dem Bericht sind wir im Gegensatz zu dem englischen Kameraden einverstanden.

Dejardin (Belgien): Die Rationalisierung führt nicht zu besserer Lage der Arbeiter, sondern sie verschlechtert sie. Daß die Grubenkatastrophen in den letzten Jahren immer häufiger werden, ist auch eine Folge der Rationalisierung. Die Rationalisierung erschwert die Arbeit, vergrößert Arbeitslosigkeit und das Risiko der Arbeit überhaupt. Die Rationalisierung ist aber eine Tatsache, deshalb können wir sie nicht an sich bekämpfen, sondern unser Kampf muß dahin gehen, Lasten und schädliche Folgen der Rationalisierung für die Bergleute zu mindern. Auch Regierungen und Behörden sind an den schädlichen Folgen: Arbeitslosigkeit und höhere Soziallasten, interessiert, deshalb müssen sie zur Mitarbeit gezwungen werden.

Vanderbilck (Holland): Der holländische Bergbau ist ein Musterbeispiel für die Rationalisierung. Die Förderleistung ist von 700 Kilogramm in der Vorkriegszeit auf über 1300 Kilogramm gestiegen. Den Vorteilen der Rationalisierung für die Unternehmer steht großer Nachteil für die Arbeiter gegenüber. Die Staatsgruben hatten 1929 13 Millionen Gulden Bruttoertrag. Die Krankentage für Ubertagearbeiter blieben ziemlich gleich, für Untertagearbeiter stiegen sie seit 1924 ständig, um zwei Krankentage je Arbeiter jährlich. Wir müssen gute Löhne halten und die Arbeitszeit verkürzen, damit auch die Arbeiter Vorteile haben von der Rationalisierung.

Dr. Berger, Berichterstatter (Schlußwort): Der Bericht gibt ein Abbild der Rationalisierung. Man kann nicht zwischen kapitalistischer und nichtkapitalistischer Rationalisierung unterscheiden. Man muß das Problem als Ganzes sehen, dann findet man Verdammenswertes neben Wünschenswertem. Wir können uns nicht glattweg gegen Rationalisierung einstellen. Auch internationale Marktregelung, an der wir mitarbeiten, ist Rationalisierung. Der Fortschritt der Wirtschaft soll in möglichst hohem Umfang der Arbeiterkraft zugute kommen. In Deutschland ist Invalidisierung mit 50 Jahren möglich, wir können uns also nicht für 60 aussprechen. Erhöhung des Schulalters erwägen auch wir, aber aus anderen Gründen. Bei uns gibt es keine 14jährige mehr in der Grube. Wir sollten uns den Forderungen des IGB anschließen, der in bezug auf die Rationalisierung fordert:

- Mitarbeit der Gewerkschaften bei Vorbereitung und Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen;
- planmäßige Ueberführung der durch Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte in andere Berufe;
- falls sich dies verzögert, zeitlich unbegrenzte Arbeitslosenunterstützung;
- weitgehender Arbeiterschutz bei Durchführung der Rationalisierung;
- gerechter Anteil der Arbeiter am wirtschaftlichen Fortschritt durch Herabsetzung der Preise, Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit und Gewährung ausreichender Ferien.

Coof (England) beantragt, die Frage an das Komitee zu verweisen, das über die Frage einen neuen Bericht ausarbeiten soll. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hierauf folgt der

Bericht über die Tätigkeit des Exekutivkomitees seit dem Kongreß von Nimes (Ende Mai 1928) und über die Genfer Konferenzen.

Der Berichterstatter A. Delaire, Internationaler Sekretär, wiederholte in seinem Bericht die Entschliebungen des Kongresses von Nimes. Aus seinen weiteren Ausführungen geben wir nachstehenden Auszug wieder:

Diese Beschlüsse haben dem Exekutivkomitee einen Arbeitsplan vorgezeichnet. Im Laufe der letzten 19 Monate ist es befreit gewesen, diesem Programm zu folgen und gleichzeitig die anderen Fragen verwaltungsmäßiger Natur, denen das Exekutivkomitee seine Aufmerksamkeit schenken mußte, zu lösen.

Vom Juni 1928 bis Ende Januar 1930 hat das Exekutivkomitee fünf Sitzungen abgehalten, und zwar am 20. und 21. September 1928 in Köln, am 10. und 11. Dezember 1928 in

Brüssel, am 26. Februar 1929 in Genf, am 11. und 12. Juni 1929 in London, am 25. und 26. September 1929 in Paris.

Ein Mitteilungsblatt ist auf Grund eines Beschlusses des Exekutivkomitees und des Kongresses geschaffen worden und wird in drei Sprachen veröffentlicht. Bisher sind fünf Hefte erschienen.

Nachstehende Uebersicht zeigt die Zahl der von den einzelnen Organisationen umgesetzten Hefte:

Land	Nr. 1		Nr. 2		Nr. 3		Nr. 4	
	Januar 1929	Mai 1929	Januar 1929	Mai 1929	August 1929	Oktober 1929	Januar 1930	April 1930
Deutschland	3650	2970	2970	3090				
Oesterreich	70	70	70	70				
Belgien	250	250	250	250				
Frankreich	150	150	150	150				
Großbritannien	2000	2000	2000	2000				
Holland	40	40	40	40				
Polen	100	100	100	100				
Rumänien	5	5	5	5				
Schweden	—	—	—	—				
Tschechoslowakei	70	70	70	70				
Jugoslawien	2	2	2	2				

Das Kohlenproblem.

Das Kohlenproblem hat das Exekutivkomitee ganz besonders beschäftigt. Sofort nach dem Kongreß von Nimes wurden sowohl dem Völkerbundsekretariat als auch dem Internationalen Arbeitsamt die von uns angenommenen Entschliebungen zugestellt. Die darauf folgenden Ereignisse haben gezeigt, daß die genannten Einrichtungen die Wünsche der Bergarbeiter in Betracht gezogen haben.

Die Wirtschaftskonferenz von 1927 hat sich mit dem Kohlenproblem beschäftigt.

Im Mai 1928, d. h. in dem Augenblick, als unser Kongreß von Nimes über die Frage beraten hat, und später, als unser Exekutivkomitee sich schon in mehreren Sitzungen damit befaßt hatte, hat der Beratende Ausschuß des Völkerbundes auf Anregung mehrerer Länder folgende Entschliebung angenommen:

„Mit der Frage der Krise im Bergbau beschäftigt und in Anbetracht der Wichtigkeit der internationalen Gesichtspunkte dieser Frage,

empfiehlt der Beratende Ausschuß dem Rat, die Wirtschaftsorganisation im Interesse der Verbraucher und Erzeuger aufzufordern, insbesondere die laufende Untersuchung über die Kohlenfrage wieder aufzunehmen und zu ihrer Vervollständigung so bald als möglich diejenigen Befragungen vorzunehmen, die ihm erforderlich erscheinen unter Befolgung der von der Wirtschaftskonferenz empfohlenen Arbeitsmethoden.

Dem Rat soll ein Bericht vorgelegt werden, um ihm die Möglichkeit zu geben, zu entscheiden, ob eine gemeinsame internationale Aktion die Lösung der aufgeworfenen Fragen erleichtern könnte.“

Bei der Beratung dieser Entschliebung hat der Völkerbundsrat die Frage an den Wirtschaftsausschuß zurückverwiesen und dieser beschloß im Juli 1928, die Kohlenfrage von allen Seiten zu prüfen und das Internationale Arbeitsamt um Bereitstellung der für die Untersuchung erforderlichen statistischen Unterlagen zu ersuchen.

Am 5. November 1928 setzte der Wirtschaftsausschuß das einschlagende Arbeitsverfahren fest und stellte zum Zwecke von Befragungen eine Delegation zusammen. Es wurde beschlossen, Sachverständige folgender Länder einzuberufen: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Schweden und Tschechoslowakei.

Die Sachverständigen sollten Persönlichkeiten sein, die Beziehungen zu den Kreisen der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer haben, ohne jedoch direkt von ihnen vorgeschlagen zu werden. Tatsächlich war die Durchführung dieses Beschlusses ziemlich schwierig.

Die erste Befragung der Unternehmervertreter fand vom 8. bis 12. Januar 1929 statt.

Die zweite Konferenz mit den Vertretern der Arbeiter fand vom 27. Februar bis 2. März statt.

Die den beiden Gruppen von Sachverständigen vorzulegenden Fragen waren folgende:

1. Verhältnis zwischen der Kohlenindustrie und der übrigen Energiewirtschaft im allgemeinen. Insbesondere soll die Frage ergründet werden, in welchem Maße der Kohle von anderen Brennstoffen (z. B. Braunkohle, Mineralöl, Holzkohle usw.) Konkurrenz gemacht wird und welches, soweit dies vorauszu sehen ist, die Entwicklung der Verwendung der Kohle im Verhältnis zu anderen Brennstoffen sein wird.

2. Prüfung der Frage, ob die Ursachen der bestehenden Ungleichheit zwischen Produktionskapazität und Nachfrage vorübergehender oder beständiger Art sind.

3. Wirkung des Eingreifens der Staaten auf die Produktion, den Umlauf und die Verteilung der Kohle, Zollsystem, Ein- und Ausfuhrregelungen, Kontingentierung, mittelbare und unmittelbare Subventionen, Verkehrsweisen usw.

4. Wirkungen der in verschiedenen Ländern oder Kohlenbezirken üblichen Preispolitik auf die Entwicklung des Verbrauchs und des Verkaufs von Kohle.

Die Sachverständigen der Arbeitgeberseite erkannten die Notwendigkeit an, internationale Maßnahmen zu ergreifen, aber sie forderten das Recht, allein über die Zweckmäßigkeit und die Art dieser Maßnahmen zu entscheiden. Außerdem waren sie auch über die anzuwendenden Mittel nicht einig.

Die Sachverständigen der Arbeitnehmerseite, die zwei Tage vor der Befragung mit dem Exekutivkomitee der Internationale eine Besprechung abgehalten hatten, beharrten auf der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den kohlenerzeugenden Ländern. Zum Schutz der Interessen aller Beteiligten verlangten sie die Schaffung einer internationalen Einrichtung unter der Kontrolle des Völkerbundes, die sich aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Verbraucher und der Regierungen zusammensetzt.

Während die Sachverständigen der Arbeitgeber in bezug auf die vorzuschlagenden Regelungen geteilter Meinung waren, ergab sich bei den Sachverständigen der Arbeitnehmer volle Einstimmigkeit, und diese Einstimmigkeit machte auf die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses einen tiefen Eindruck.

Der Wirtschaftsausschuß wollte alsdann eine gegenseitige Aussprache der unmittelbaren Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer herbeiführen und berief eine Konferenz ein, die vom 30. September bis 3. Oktober dauerte.

Die zu beratenden Fragen, die im Bericht des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes wieder aufgenommen worden sind, waren folgende:

a) Abschluß internationaler Vereinbarungen zwischen den Erzeugern in bezug auf die Erzeugung, den Absatz und die Preise.

b) Errichtung einer internationalen Organisation, in der alle beteiligten Interessen vertreten sind: Regierung, Erzeuger, Bergarbeiter, Händler und Verbraucher.

c) Maßnahmen zur Angleichung, wenn nicht Gleichstellung der Löhne, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen.

1) Abschaffung aller künstlichen Beschränkungen des Kohlenhandels sowie der künstlichen Produktionsförderung.

Die Aussprache war interessant, zuweilen heftig. Der Auffassung der Arbeitnehmer über die Notwendigkeit einer internationalen Verständigung mit Hilfe einer internationalen Einrichtung, in der alle Interessen vertreten sind und die unter der Kontrolle des Völkerbundes stehen sollte, stand die Auffassung der Unternehmer gegenüber, die eine Einmischung der Arbeitnehmer und der Verbraucher ablehnten und sich mit bezirksweisen Vereinbarungen begnügen wollten.

Diese beiden gegensätzlichen Auffassungen wurden bis zum Ende der Beratungen aufrechterhalten.

Die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter

Ist eine unserer wichtigsten Forderungen. Bereits am 28. April 1925 forderte das in Brüssel versammelte Exekutivkomitee in einer Entschließung, das Internationale Arbeitsamt möge eine Erhebung über die Arbeitszeit und die Löhne durchführen. Das Komitee stützte sein Ersuchen auf die Notwendigkeit, die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in internationalem Maßstab zu verfolgen.

Die verlangte Erhebung erstreckt sich auf die Jahre 1925 und 1927 und zeigt die großen Unterschiede der Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern. (Siehe unseren Sonderbericht. D. Red.)

In einer vom Internationalen Arbeitsamt einberufenen Konferenz, die im Januar 1930 tagte, wurde das Resultat besprochen.

Zur Vorbereitung der Beratungen hatte das Internationale Arbeitsamt sehr eingehende Untersuchungen über die Arbeitszeit, die Löhne und die allgemeinen Arbeitsbedingungen fertiggestellt. Die Untersuchungen über die allgemeinen Arbeitsbedingungen umfaßten folgende Fragen:

1. Der bezahlte Jahresurlaub.
2. Die Familienzulagen.
3. Das Mindestzulassungsalter für die Arbeit der Jugendlichen im Bergbau.
4. Die Sozialversicherung.
5. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.
6. Gesundheitschutz und Gesundheitspflege der Bergarbeiter.
7. Verhütung von Unfällen im Bergbau.

Die Untersuchungen des Internationalen Arbeitsamtes bestätigten erneut die Ergebnisse der Untersuchung von 1925 und 1927, d. h. die beträchtlichen Unterschiede in den Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter der verschiedenen Länder.

Zur Frage der Löhne und der allgemeinen Arbeitsbedingungen hat die Konferenz einige Entschließungen angenommen (die wir in der „Bergbau-Industrie“ schon veröffentlichten). Sie betreffen die Löhne, bezahlten Urlaub, Familienzulagen, Beschäftigung von Frauen, Mindestalter für Grubenarbeiter, Sozialversicherung, Arbeitslosigkeit, Hygiene und Gesundheit, Verhütung von Unfällen.

Die ganze Zeit der Konferenz wurde von der Arbeitszeitfrage in Anspruch genommen, die zu langen und eingehenden Beratungen Anlaß gab und für die ein vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellter Vorentwurf eines Uebereinkommens die Grundlage bildete.

Während der ganzen Dauer der Konferenz waren die Arbeitgeber bestrebt, die Tragweite des Uebereinkommensentwurfs zu beschränken, und gewisse Regierungsvertreter unterstützten sie dabei mit allen Kräften.

Die Fragen, welche Gruben und welche Arbeiter in den Bereich der Regelung fallen sollen, sowie der Artikel, der vorsieht, daß die Anwesenheitszeit Einfahrt und Ausfahrt umfassen soll, wurden ziemlich rasch erledigt. Als es sich aber um die Berechnung der Anwesenheitszeit und die Zahl der täglichen und wöchentlichen Arbeitsstunden handelte, stießen die verschiedenen Auffassungen heftig aufeinander.

Arbeitgeber und Regierungsvertreter lehnten unseren Vorschlag, die Anwesenheitszeit auf 7 Stunden täglich festzusetzen, einstimmig ab. Der Vorschlag der britischen Regierung, die Anwesenheitszeit auf 7 1/2 Stunden festzusetzen, wurde ebenfalls abgelehnt. Das gleiche geschah mit einem holländischen Antrag, der vor der Schaffung der 7 1/2 stündigen Arbeitszeit eine Uebergangszeit mit einer täglichen Arbeitszeit von 7 3/4 Stunden vorsah.

Das gleiche Schicksal erlitt ein französischer Antrag mit 7 Stunden 45 Minuten und ein Antrag der Arbeitgeber mit 8 Stunden täglich.

Weder in der Ausschüßung noch in der Vollzung konnte einer der Vorschläge eine Mehrheit erreichen. Nachstehende Uebersicht zeigt das Stimmenverhältnis zu den einzelnen Vorschlägen:

	dafür	dagegen	Enthaltg.
7 Stunden	9	18	—
(Vorschlag der Arbeitnehmergruppe)			
7 1/2 Stunden	11	13	3
(Vorschlag der britischen Regierung)			
7 1/2 Stunden und 7 3/4 Stunden übergangsweise	12	12	3
(Vorschlag der holländ. Regierung)			
7 3/4 Stunden	9	13	5
(Vorschlag der franz. Regierung)			
7 1/2 Stunden plus 1/2 Stunde Pause	1	24	1
(Vorschlag der deutschen Regierung)			
7 3/4 Stunden plus 1/2 Stunde Pause	11	13	3
(Vorschlag der tschechisch. Regierung)			
8 Stunden	11	13	3
(Vorschlag der Arbeitgebergruppe)			

Wie man sieht, wurde der Vorschlag der britischen Regierung zur Festsetzung der Anwesenheitszeit auf 7 1/2 Stunden mit nur zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt. Für diesen Vorschlag stimmte einschließlich der Stimme des Antragstellers auch die holländische Regierung. Es muß daraus hingewiesen werden, daß auch der Vorschlag der Arbeitgebergruppe, die Anwesenheitszeit auf 8 Stunden festzusetzen, keine Mehrheit erhielt. Daraus darf gefolgert werden, daß zwar noch keine Mehrheit dafür vorhanden ist, die Anwesenheitszeit des Bergarbeiters auf 7, 7 1/2 oder 7 3/4 Stunden festzusetzen, daß aber schon eine Mehrheit dafür besteht, daß eine achtstündige Anwesenheitszeit zu lang ist.

Diese Feststellung gestattet zu hoffen, daß in naher Zukunft eine Verständigung möglich sein wird, auf Grund deren die Anwesenheitszeit für alle Gruppen auf weniger als 8 Stunden täglich festgesetzt wird.

In der Vollversammlung der Konferenz schien es möglich, daß ein holländischer Antrag, der die Braunkohlengruben unter gewissen Voraussetzungen von der Regelung ausschließt, eine Mehrheit dafür erzielte, daß für eine bestimmte Uebergangszeit eine Anwesenheitszeit von 7 1/2 Stunden vorgesehen wird, um dann die 7 3/4 stündige Anwesenheitszeit einzuführen. Tatsächlich hat sich die deutsche und französische Regierung diesem Antrag angeschlossen. Andere Regierungen haben ihre Stellung ge-

wechselt; das Ergebnis war folgendes: Ablehnung mit 13 gegen 13 Stimmen bei einer Enthaltung (belgische Regierung).

Das Berechnungsverfahren gab ebenfalls Anlaß zu langen und eingehenden Beratungen. Die Arbeitgeber Großbritanniens behaupteten, es wäre ihnen unmöglich, die bei ihnen angewendeten Berechnungsmethoden zu ändern, da diese darin bestünden, die Anwesenheitszeit ohne Einfahrt und Ausfahrt zu berechnen. Die Einfahrt und Ausfahrt sei nicht organisiert. Aus diesem Grunde ersuchten sie, das Berechnungsverfahren auf die Gesamtheit der Arbeiter eines Bezirks oder auf eine Gruppe eines Bezirks zu erstrecken. Dieser Vorschlag wurde jedoch heftig bekämpft und abgelehnt, da er geeignet ist, Mißbräuche zu ermöglichen.

Ein Abänderungsvorschlag der deutschen Regierung, der eine Berücksichtigung der Pausen vorsah, wurde abgelehnt. Ein Antrag der französischen Regierung, der die Möglichkeit zur Einholung von Feiertagen schaffen wollte, erlitt dasselbe Schicksal. Andere Anträge bezweckten die Zulassung von Ueberstunden zwischen 60 und 180 Stunden jährlich. Diese Anträge wurden ebenfalls abgelehnt, was besonders wichtig zu vermerken ist, da die Möglichkeit, Ueberstunden zu machen, die ganze Begrenzung des Arbeitstages illusorisch macht.

(Den Wortlaut des Berichts, den das Internationale Arbeitsamt dem Verwaltungsrat vorlegen wird, findet man im Kongreßprotokoll, ebenso den Vorentwurf für die Internationale Arbeitskonferenz.)

Die Arbeitergruppe hat alles getan, um ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Wir sind zwar nicht enttäuscht, müssen jedoch erklären, daß wir von dem Ergebnis nicht befriedigt sind. Am Schluß der Arbeiten wurden Erklärungen im Namen unserer internationalen sowie auch der christlichen Gewerkschaften abgegeben, in denen es heißt:

„Die Rationalisierung und die Organisation der Arbeit im Bergbau, die eine ständige Steigerung des Arbeitstempos und damit der Gefahren und der Krankheiten für die Arbeiter mit sich bringen, geben diesen Arbeitern nicht nur berechtigten Anspruch auf einen höheren Lohn, sondern auch auf eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit. Es ist nicht angängig, daß bei einer ständigen Steigerung des Arbeitstempos, wenn die Gefahren und damit die Zahl der Unfälle größer werden, den Arbeiter zu verpflichten, die gleiche Anzahl von Stunden zu arbeiten. Wir haben auf alle diese Dinge hingewiesen. Sie haben unsere Stimme nicht gehört. Unsere Vorschläge haben Sie abgelehnt. Die hier entstandenen Auseinandersetzungen sind bedauerlich. Wir sind jedoch der Meinung, daß die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht unterbrochen werden dürfen. Aber im Namen der Arbeiterschaft und namens der hier anwesenden Arbeitervertreter muß ich erklären, daß es ein schlechtes Licht auf die in allen Ländern bestehenden Beziehungen werfen würde, wenn diese Konferenz, in der die Elite der Arbeitgeber und der Regierungsvertreter, die demokratische Regierung vertreten, anwesend ist, nicht zu den beabsichtigten Ergebnissen gelangen könnte. Das wäre für die in allen Ländern bestehenden Organisationen verheerend. Wir können unsere große Enttäuschung nicht verbergen, aber wir erklären Ihnen, daß wir nicht entmutigt sind. Wir haben Vertrauen zum Wert des Internationalen Arbeitsamtes und auch Vertrauen zu dem guten Willen gewisser Regierungen, und glauben, daß auch gewisse Arbeitgeber ihre Pflichten begreifen werden.“

Wir erklären Ihnen auch, daß die Arbeiter auf den Siebenstundentag nicht verzichten werden. Sie haben diese Reform nach eingehender Ueberlegung und nach Erwägung aller Folgen auf ihr Programm gesetzt. Sie werden darauf niemals verzichten. Ebenso wie andere Reformen, die zuerst als utopisch bezeichnet wurden, nunmehr durchgeführt sind, wird sich auch der Siebenstundentag in den Gruben durchsetzen.“

Aus der Erklärung des Herrn Belzer (Niederlande) im Namen der christlichen Arbeitnehmer sei erwähnt:

„Wir bedauern die Ergebnisse der Beratung über die Arbeitszeit auf das lebhafteste. Die Ergebnisse Ihrer Abstimmung haben gezeigt, daß die Arbeitgebergruppe sowohl wie gewisse Regierungen noch immer nicht gewillt sind, die berechtigten

Wünsche der Arbeiterklasse zu berücksichtigen. Selbst die Vertreter der Länder, wo die Arbeitszeit tatsächlich weniger als 8 Stunden täglich und sogar weniger als 46 Stunden wöchentlich beträgt, haben hier einen Vorschlag abgelehnt, der eine tägliche Arbeitszeit von 7 Stunden 45 Minuten vorsah. Ich weiß nicht, was man in nationaler Beziehung für Schlüsse aus diesem Verhalten schließen soll. Auf internationalem Gebiet wird die Internationale der christlichen Bergarbeiter fortzuführen, für den Siebenstundentag zu kämpfen. Der französische Arbeitgebervertreter hat uns aufgefordert, unsere Verantwortung zu erkennen. Sie werden wissen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer eine weitgehende Verständigungsbereitschaft bewiesen haben. Sie sind über 7 Stunden hinaus bereit gewesen, einen Vorschlag über 7 1/2 Stunden, dann 7 3/4 Stunden, und selbst kaum annehmbare Durchführungsbestimmungen anzuerkennen. Es ist die Frage berechtigt, ob die Arbeitgebergruppe dieselbe Verständigungsbereitschaft an den Tag gelegt hat. Unter diesen Bedingungen werden die Arbeitnehmer unter Aufrechterhaltung ihrer Forderungen nicht aufhören, eine vernünftige Haltung einzunehmen, und sie hoffen, daß der Verwaltungsrat einen Weg zur Befriedigung ihrer Wünsche finden wird.“

Der Vorstoß in der Internationale.

Ende 1929 hat unser alter Freund Herbert Smith den Vorstoß im Internationalen Bergarbeiterverband, den er seit 1922 führte, niedergelegt. Unser Kamerad ist mit dem britischen Bergarbeiterverband in Meinungsverschiedenheiten geraten und hat seinen Posten als Vorsitzender dieser Organisation niedergelegt. Als logische Folge dieses Schrittes hat er auch seinen Rücktritt als Präsident der Internationale vollzogen.

Die unternommenen Versuche, ihn umzustimmen, waren erfolglos, und das am 3. Januar 1930 in Genf versammelte Exekutivkomitee konnte von seinem Entschluß Kenntnis nehmen und ihm den Dank aussprechen für die im Rahmen unserer Organisation geleistete wertvolle Arbeit.

Bis zum Kongreß von Krakau, der die Nachfolge von Herbert Smith endgültig regeln wird, versteht der stellvertretende Präsident, Kamerad De Jardin, die Funktionen des Präsidenten.

Wir schließen uns dem Dank aller organisierten Bergarbeiter für seine wertvolle Tätigkeit im Rahmen unserer Organisation an.

Die angeschlossenen Länder.

Seit dem Kongreß von Nimes hatten wir Gelegenheit, die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter von Schweden mit 4700 Mitgliedern und die von Portugal mit 5000 Mitgliedern endgültig zuzulassen.

In bezug auf die folgenden Länder sind wir weniger erfolgreich gewesen: Brasilien, Britisch-Indien, Neu-Südwest und Südafrika. Wir haben an die Organisationen in diesen Ländern geschrieben, ohne indessen eine Antwort zu erhalten. Wir werden später hoffentlich mit mehr Erfolg darauf zurückkommen.

Augenblicklich sind nachstehende Länder Mitglied unserer Organisation: Belgien, Frankreich, Luxemburg, Spanien, Amerika, Australien, Großbritannien, Norwegen, Schweden, Deutschland, Tschechoslowakei, Polen, Holland, Ungarn, Rumänien, Oesterreich, Jugoslawien und Portugal.

Nachdem Delattre noch eingehend über die Arbeit des Exekutivkomitees berichtet hatte, schloß er: Wir glauben, alles, was in unseren Kräften steht, getan zu haben, um die Maßnahmen zum Schutze des Lebens der Bergarbeiter, die in die Organisation ihre Hoffnung setzen und an ihren Erfolg glauben, zu beschleunigen.

Die begonnene Arbeit ist noch nicht beendet. Viele Schwierigkeiten sind noch zu überwinden, große Widerstände zu besiegen. Wir sind jedoch gewiß, unsere Bestrebungen zum Ziele zu führen und den Bergarbeitern eine bessere Lage zu schaffen durch regelmäßigeren, weniger anstrengenden und besser bezahlten Arbeit sowie durch Maßnahmen, die geeignet sind, ihnen im allgemeinen eine bessere Lebenshaltung zu sichern. (Lebhafter Beifall.)

Die Katastrophe auf dem Kaliwert Bienenburg.

Zu dem Wassereintrich auf dem Kaliwert Bienenburg wird uns gemeldet:

Der Wassereintrich ist auf der ersten Sohle von Schacht I nach Schacht II erfolgt. Das Wasser trat dann durch Auflösung der überlagernden Salze nach der etwa 75 Meter darunter liegenden zweiten Sohle über und nahm seinen Weg auf der zweiten Sohle nach dem Hauptschachte. Kurz vor dem Hauptschacht trat es dann durch den Maschinenschacht nach der dritten Sohle und von hier aus überflutete es durch den Hauptschacht des Schachtes II die sechste Sohle nach Schacht I hin und auch die achte, siebente und sechste Sohle nach Schacht III hin.

Das Wasser stand bereits am ersten Tage etwa 8 Meter über der sechsten Sohle. Es ist bisher noch nicht zum Stillstand gekommen, sondern steigt dauernd weiter.

Ueber der Durchbruchsstelle in der Nähe des Schachtes I hat sich über Tage ein Trichter gebildet, der ungefähr 70 Meter im Durchmesser und etwa 40 Meter tief ist. An den Seiten dieses Trichters rauschen die Wasser zutage und stürzen in den Trichter. Die Stellen, an denen das Wasser zutage tritt, liegen südlich nach den Abhängen des nördlichen Harzes. In den letzten Tagen kommen auch die Wasser in nicht sehr erheblichem Umfange aus der nördlichen Seite, von den Hängen des Harzberges. Die Wasser in der Grube steigen durch diese Zuflüsse unauffällig weiter.

Auch in der Nähe des großen Trichters haben sich weitere Trichter gebildet.

Die getroffenen Maßnahmen der Betriebsverwaltung, welche gemeinschaftlich durch die Sachverständigen der Preußag durchgeführt werden, zielen dahin ab, das Schachtfeld des Schachtes III in Höhe der vierten Sohle nach Schacht II hin abzumauern. Der Hauptschacht des Schachtes III soll bis unterhalb der vierten Sohle zugesichert werden. Dadurch will man den Abbau der Felder des Schachtes I nach Schacht II hin sichern.

Wenn dieses Problem durchgeführt wird, dann bedeutet das nichts weniger, als wie die wertvollen Felder bis auf der achten, siebenten und sechsten Sohle von Schacht II nach Schacht III preiszugeben. Ebenfalls den Schacht II. Die Folgerungen aus diesen Maßnahmen würden bedeuten, daß die Belegschaft auf über die Hälfte verringert wird. Während man sonst bei normaler Förderung je Schicht 1500 Wagen förderte, kann man dann höchstens 600 Wagen aus Schacht III fördern. Außerdem würde dann in absehbarer Zeit eine Neueinteilung der Quoten vorgenommen werden müssen. Die drei Schächte besitzen heute insgesamt 19 Tausendstel.

Die Salze auf der achten, siebenten und sechsten Sohle besitzen eine Mächtigkeit von hochwertigen Salzen, auch von Bischofwitz, welche im reinen Zustande nur in Bienenburg abgebaut

werden, so daß der Schacht noch eine Lebensfähigkeit von rund hundert Jahren hat.

Bereits am Freitag wurde dem Betriebsrat von diesen Auffassungen Kenntnis gegeben. Am Sonnabend vormittag nahm die Belegschaft zu der Sachlage und den Maßnahmen der Betriebsverwaltung Stellung. Es wurde mit allen Stimmen beschlossen, dem Handelsminister als dem Sachwalter der Preussischen Staatlichen Werke folgende Resolution zu unterbreiten:

„Die der Belegschaft bekannten Vorschläge der Betriebsverwaltung und der Vertreter der Preussag, welche in erster Linie darauf hinauslaufen, den Abbau nach Schacht III zu verlegen, werden begünstigt. Darüber hinaus verlangt die Belegschaft, daß die weiteren Maßnahmen mit der größten Beschleunigung in erster Linie bezwecken müssen, Schacht II wieder in Betrieb zu setzen.“

Zu der Resolution ist dem Handelsminister von dem Betriebsrat weiter folgendes mitgeteilt:

„Nach dieser Versammlung hat der Betriebsrat auftragsgemäß in eingehender Besprechung über zweckdienliche Maßnahmen Einzelvorschläge geprüft und kommt zu der Auffassung, daß es möglich ist, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Wasser abzumauern und zu beseitigen.“

Er ist aber bei Prüfung der Sachlage zu der Auffassung gekommen, daß die akademischen Sachverständigen diese Auffassung nicht teilen und sich deren Durchführung entgegenstellen werden. Der Betriebsrat kann die Vorschläge im einzelnen noch nicht mitteilen. Er bittet jedoch den Herrn Minister zu einer Besprechung, die von Seiten des Handelsministeriums angelegt werden muß, die Betriebsräte zu laden, um auch die Ansichten der Arbeiterfachverständigen zu hören.“

Bisher hat eine Sitzung hierüber nicht stattgefunden. Es ist aber anzunehmen, daß Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei im preussischen Landtage, gelegentlich der Ausschusshandlungen über die Harzhilfe, welche am Donnerstag stattfindet, diese Forderung der Betriebsräte mit allem Nachdruck unterstützen werden. Die Fraktion ist von allen Vorgängen im Bilde.

Zu den Ursachen und der Verhütung ihrer evtl. Auswirkungen wäre noch sehr viel zu sagen. Wir wollen uns vorläufig zu der Veröffentlichung der Preussischen Pressedienststelle äußern:

Es ist richtig, daß die Sünden der alten Abbaumethoden aus den Gründerjahren der Kaliindustrie sich heute bitter rächen. Man hat gewußt, daß eine Wassereintrichsgefahr dicht bei dem Hauptschacht I bestand. Man hat gewußt, daß die sehr schwache Deckenschicht die Gefahr erhöhte. Durch zahlreiche Befragungen von Sachverständigen ist versucht worden, die Ge-

fahnenquelle, die Mächtigkeit und den Druck des Wassers zu ermitteln. Bei diesen Arbeiten ist durch die Versuchsarbeiten und Aufstieffen die Decke der gefährdeten Stelle wäiter geschwächt worden. ...

Die getroffenen Maßnahmen der Werkleitung für die Rettung der Belegschaft bestanden darin, daß sie der Belegschaft Kenntnis von dem Wasserbruch kurz vor der Ausfahrt gab. ...

Die durch den Druck der Wassermengen zusammengepreßten Luftmassen setzten wie ein Orkan durch die Strecken und rissen die Leute zu Boden und löschten die Lampen aus. ...

Wenn nicht die Leute selbst geistesgegenwärtig die einzige Rettung durch die Strecken nach Schacht III erkannt hätten, wären sie verloren gewesen. ...

Die zweite Frage: War die Gefahr des Durchbruchs überhaupt zu verhüten, oder wenigstens Schacht II vor Wasser zu sichern, kann man unbedenklich mit ja beantworten. ...

Aus dem Saargebiet. Das neue Saarknappschaftsrecht.

Wanderversicherung, Angestelltenabteilung.

Die Wanderversicherung ist entsprechend den Beschlüssen des Landesrates und des Reichsknappschaftsgesetzes auch nicht ganz geregelt worden. ...

Durch die Beitragszahlung in die Angestelltenabteilung des Saar-Knappschaftsvereins wird auch die Anwartschaft in der Invalidenversicherung jetzt aufrechterhalten. ...

Alle Fragen, welche für die Angestelltenabteilung des Saar-Knappschaftsvereins dringend zu erledigen waren, sind wieder nicht erledigt worden. ...

Ruhevorschriften, Sonstiges.

Wird neben Pension eine Rente aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung gewährt, so ruht der Grundbetrag der Pension, soweit er den Grundbetrag der Rente aus der anderen Versicherung nicht übersteigt. ...

Als durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst im Sinne dieser Vorschriften gilt für diejenigen, welche bereits vor dem 1. April 1930 pensioniert waren, nach § 24 i. d. Arbeitsverdienst, den gleichartig Beschäftigte in den Monaten April 1928 bis März 1929 erzielt haben. ...

31. März 1930 die Leistungen erhalten, ist der Lohn anzunehmen, wie er zur Zeit der Anwendung der Ruhevorschrift verdient wird. ...

Das neue Recht bringt auch die Verhältnisse Wahl zur Wahl der Knappschaftsämter. Der Entwurf sah diese Bestimmung nicht vor. ...

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen der Knappschaftsnovelle sind jedenfalls gegenüber den Bestimmungen des Entwurfs wesentlich verbessert. ...

Es ist tiefbedauerlich, daß die Regierungskommission keinerlei Rücksicht darauf nahm, daß die Sanierung der Pensionskasse des Saar-Knappschaftsvereins durch die ab 1. Dezember 1929 eingeführte Beitragserhöhung längt durchgeführt war. ...

Unhaltbar sind die Pensionsbezüge immer noch. Sie stehen in keinem Verhältnis zur Rente. Während die Rente sich monatlich bei einer Dienstzeit von 30 Jahren auf 360 bis 370 Fr. ohne Kindergeld stellt, macht die Pension bei dem Saar-Knappschaftsverein nur 197,56 Fr. monatlich aus. ...

Neuregelung der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Die alten Witwen haben endlich ihren Anspruch auch nach den gesetzlichen Bestimmungen zugesagt erhalten. Die Bezüge sind ab 1. Oktober 1930 zu zahlen. ...

In der Angestelltenversicherung ist, wie in der Invalidenversicherung, die Erhöhung des Saarteils des Ruhegeldes um 10 Prozent auch ab 1. April 1930 durchgeführt. ...

Die Invaliden- und Angestelltenversicherung ist durch die Neuregelung den Reichsbestimmungen angepaßt, während die Knappschaftspensionsversicherung jede Anpassung vermissen läßt. ...

Die 21. Beitragswoche läuft vom 18. bis zum 24. Mai 1930 Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

deutschen Hilfe macht man also an der Saar auch noch diese ungenügende Reform.

Was sagen dazu die zuständigen Stellen der Reichsregierung?

Entlassungen im Saarbergbau.

Die Generaldirektion der Saargruben macht 1400 Bergarbeiter brotlos. Sie erfüllt die Wünsche der Regierungskommission, außerhalb des Saargebietes Wohnende zu entlassen!

Von Seiten der Generaldirektion wurde den Tariforganisationen nachstehendes Schreiben übermittelt:

„Am Freitag, dem 9. Mai d. J., vormittags 9 1/2 Uhr, findet auf der Generaldirektion eine Besprechung über die derzeitige wirtschaftliche Lage der Saargruben statt, zu der hierdurch Ihre Herren Vertreter eingeladen werden.“

Le Chef du Service Ouvrier: Massing.

Die vorstehend angelegte Besprechung hat stattgefunden. Die Generaldirektion hat uns durch den Herrn Direktor Massing eröffnet, daß die Lage sich im Saarbergbau weiter verschlechtert habe.

Die Hüttenwerte, welche im 1. Vierteljahr 1 150 000 To. Rohlen entnommen haben, haben im 2. Vierteljahr nur 1 Million bestellt, was einen weiteren Ausfall von mehr als drei Förder-schichten ausmacht. ...

Zur Zeit beträgt die Belegschaftsziffer der Staatsgruben 57 045, der Grube Frantzenholz 2730. Von den 57 045 der auf den Staatsgruben Beschäftigten sind 4500 außerhalb des Saargebietes wohnhaft. ...

Die Generaldirektion hat wiederholt zugesagt, daß, zeh weitere Maßnahmen infolge der Wirtschaftskrise getroffen werden, die Organisationen gehört werden. ...

Wir sehen in der Entlassung von 1400 Bergarbeitern keine Erleichterung der Lage, da diese Entlassungen pro Monat nur ungefähr Dreiviertelschicht Förderausfall bringen sollte, als man 1400 Leute entläßt. ...

Für den Monat Mai hat die Generaldirektion bereits zwei weitere Feiertage eingesetzt. Für Juni sind die Feiertage infolge der Feiertage (Pfingsten, Fronleichnam usw.) nicht notwendig. ...

Alle vorstehenden Vorschläge wurden von dem Vertreter der Generaldirektion abgelehnt mit dem Hinweis, daß diese Vorschläge bereits bei der Maßnahme der Generaldirektion mit in Rechnung gestellt wurden.

Wir haben dann vorgeschlagen, die Maßnahmen zurückzuhalten, bis uns Gelegenheit gegeben sei, mit der Regierungskommission und dem französischen Minister für öffentliche Arbeiten vorher verhandelt zu haben. ...

Die Rohlenwirtschaftslage und die Maßnahme der Grubenverwaltung zeigen uns erneut, wie notwendig der enge Zusammenschluß der Bergarbeiter sein muß, um ihre Interessen gegenüber den nur auf seinen wirtschaftlichen Vorteil bedachten Unternehmern durchzuführen. ...

Dankagung. Die anlässlich des tödlichen Unfalles veranstaltete Sammlung der Arbeiter und Beamten der Grube Jägerfreunde ergab den Betrag von 3075 Fr. Ich sage hiermit allen Spendern herzlichsten Dank. Witwe Karl Weller (Dudweiler).

Aus dem Ruhrgebiet.

War alles in Ordnung?

Die Lehre eines Unfalles.

Rask, tritt der Tod den Menschen an! Wie wahr dieses ist, das hat sich wieder einmal beim Belegschaftskameraden Külborn der Schachtanlage Constantin 6-7 erwiesen. ...

beordert war. Und auf Befragen Külborns, wie er zu der Arbeitsstelle komme, sagt ihm der Schlepper im Weitergehen: „Dort herauf!“ Der Schlepper war fort, Külborn war allein. Külborn überlegte. — Er ging dann nicht durch das Förderloch hinauf, sondern weiter der Strecke entlang. 20 Meter von dem Kohlenkasten entfernt, fand er ein weiteres Loch. In der Annahme, daß es wohl die richtige Stelle sei, ging er hinauf. Doch, es war der grauenhafte Weg seines Verderbens.

Mußte das denn sein?, so wird mancher gefragt haben. Was mag ihn dazu bewogen haben? Denn was heute ihm passiert ist, kann ja morgen einem anderen überkommen. So sind die Fragen sehr akut und äußerst wichtig. Warum also ging er nicht am ersten Fahrsticht herauf, welches der richtige Weg war? Der Fahrweg war nicht zu erkennen, weil bis zur Sohle die Fahrten voller Kohlen lagen. Wer konnte da auf die Idee kommen: das ist ein Fahrsticht, zumal Külborn noch vollständig uneingeweiht war. So nur wird es verständlich, warum er nicht am ersten Kohlenkasten heraufgegangen ist. Die Gefahr, beim Kohlenstürzen verletzt, unter Umständen getötet zu werden, hat ihn davon abgehalten. „Aber dann kann er noch nicht in einen Aufhauen gehen“, so höre ich fragen, „welcher noch eine größere Gefahr bedeutet. Und wie kommt er dazu, den Verstoß zu durchbrechen? Alle solchen Stellen, ob Aufhauen oder Strecken, müssen ja „dicht“ und „fest“ laut Bergpolizei abgeperrt sein.“

Gewiß war der Aufhauen einst verschlagen. Zu Anfang wird er auch „dicht“ gewesen sein. Aber darauf kommt es nicht an, was „einst“ war, sondern: wie war die Beschaffenheit des Verstoßes, als Külborn die Stelle betrat? Da sind wir schon der Ansicht, daß der Verstoß das Loch aufwies, durch welches er gegangen ist in der felsenfesten Annahme: hier ist der richtige Weg, der mich zum Ziele führt.

Aber es ist dies ja nur unsere Meinung. Die Bergbehörde hat den Tatbestand ja anders festgestellt. Nämlich, daß alles „in Ordnung“ war.

Mit anderen Worten: die Verwaltung hatte ihr Möglichstes getan, daß so etwas nicht geschehen konnte. Und umgedreht heißt das: und wenn es dennoch geschehen ist, so hat der Tote die Gebote übertreten und somit selbst sein tragisches Schicksal besiegelt.

Kann das stimmen? Wir glauben es nicht. Die Beschädigung des Verstoßes kann nur durch natürliche Begebenheiten entstanden sein. Es kann sich zugetragen haben durch eigenen Zerfall, denn der Verstoß war schon über ein Jahr alt. Möglich ist auch, daß die Deffnung durch herabfallende Kohlen- oder Gesteinsmassen entstanden ist. Eine andere Erklärung gibt es nicht, denn die Stelle war unten in der Bahn abgeblendet und die Strecke stand stets voll Wasser. Eine Kontrolle fehlte.

Külborn ist und bleibt tot. Aber wir können nicht damit zufrieden sein, daß man sagt: es ist nun einmal Bergmanns Geschick. Wir sind der Ansicht, daß sich noch vieles vermeiden läßt, wenn auch nicht alles. Dieser Fall brauchte bestimmt nicht zu sein, wenn es an der nötigen Sorgfalt und Nachsicht nicht gemangelt hätte. Wenn ein Verstoß, der nur aus Spitzeln und darübergehängtem Wittertuch besteht, nach Ansicht der Bergbehörde genügt und dadurch der Bedingung der Bergpolizei Genüge getan war, so steht fest, daß die Bestimmungen nicht ausreichen, denn so ein Verstoß kann nichts „Festest“ darstellen. Unter „festen“ Verstoßen kann man doch nur einen wirklich festen Holzverstoß, dicke Bohlen mit starken Stempeln, verstehen. Besser ist eine feste Mauer. Anders kann es der Geleitzgeber auch nicht gemeint haben. Ueberhaupt sind wir der Ansicht, daß man vom Standpunkt der Grubensicherheit mit den Aufhauen sehr vorsichtig sein soll. Es kann nicht angehen, daß in einer Strecke von 300 Metern drei unvollendete Aufhauen stehen. — War das der Bergbehörde denn nicht bekannt?

Soweit uns bekannt ist, muß für alle Aufhauen die Genehmigung seitens der Bergbehörde vorliegen. Und liegt diese vor? Sollte das der Fall sein, dann wird es die höchste Zeit, daß mit der wahnwitzigen Methode Schluss gemacht wird. Deshalb kann es für die Zukunft nur heißen: Die Genehmigung

Kommunistische Feiglinge.

Jedes Mittel ist den Kommunisten im Kampf gegen die Gewerkschaften recht.

In Nr. 19 vom 10. Mai hatte die „Bergbau-Industrie“ eine Erklärung des kommunistischen Betriebsratsvorsitzen- Betriebsratswahl der genannten Zeche richtig. Das „Ruhr-Echo“ hatte gemeldet, es hätten erhalten

Erklärung.

In der Nummer 74 des „Ruhrchos“ von Freitag, den 28. März ds. Js., wird auf der 2. Seite unter „Wolfsbank“ das Resultat der Betriebsrätewahlen mitgeteilt; es wird gesagt:

die Opposition 880 Stimmen
" Christien 445 "

Ich erkläre hierzu, dass diese Mitteilung ein aufgelegter Schwindel ist. Die Opposition hat auf der Schachtanlage **Wolfsbank** keine Liste eingereicht, vielmehr hat die Liste des **Bergarbeiter-Verbandes** 880 Stimmen erhalten. — Die auf dieser Liste gewählten Betriebsräte lehnen es ab, den von der KPD. aufgestellten oppositionellen bzw. roten Betriebsrätelisten zugerechnet zu werden, erklären vielmehr, dass sie sich als Funktionäre des Verbandes betrachten und lediglich nur nach dessen Anweisungen handeln wollen.

Essen, den 4. April 1930.

Ludwig Bogt.

den der Zeche Wolfsbank, Ludwig Bogt (Essen), abgedruckt. In dieser Erklärung stellte Bogt eine Behauptung des kommunistischen „Ruhr-Echo“ über das Ergebnis der

die Opposition . . . 880 Stimmen, die Christlichen . . . 445 Stimmen, Bogt hat dann in seiner Erklärung gesagt, daß eine oppositionelle Liste überhaupt nicht aufgestellt gewesen sei, die 880 Stimmen seien für die Liste des Bergbauindustriearbeiterverbandes abgegeben. In seiner Nr. 111 vom 14. Mai bezeichnet das „Ruhr-Echo“ die in der „Bergbau-Industrie“ abgedruckte Erklärung des Bogt als eine auf

Schwindel und Fälschungsmethoden aufgebaute Politik. Und Bogt selbst schließt sich in einer Zuschrift an das „Ruhr-Echo“ vom 8. Mai 1930 dieser Darstellung an. Er bezeichnet die Veröffentlichung als eine „gefälschte Erklärung“.

Wir sind heute in der Lage, die Erklärung Bogts in Originalschrift, mit seiner eigenen Unterschrift versehen, zu bringen. Nebenstehend ist sie.

Damit ist der Nachweis geführt, daß Bogt sicher aus Feigheit die Redaktion des „Ruhr-Echo“ belogen und daß beide dann gemeinsam die Deffentlichkeit und insbesondere die Bergarbeiterchaft, schamlos betrogen haben.

So sehen die Führer der sogenannten Gewerkschaftsopposition aus! Um zum Ziele, der Sprengung des Verbandes, zu kommen, bedienen sie sich der niedrigsten Fälscher- und Lügenmethoden sogar untereinander. Wir stellen den „oppositionellen Spalterklünger“, dieses Musterexemplar charakterloser Gesinnung, mit dem größten Vergnügen zur Disposition und hoffen somit, der freien Gewerkschaftsbewegung am besten zu dienen.

wird nur dann erteilt, wenn vollständige Zielklarheit herrscht und nicht nach Wunsch und Wahl.

Kann ein Aufhauen aus gewissen stichhaltigen Gründen nicht zum Ziel gebracht werden, so ist die Deffnung vollständig dicht mit einer Mauer auszustatten. So auch in den Verttern, die man gestundet hat. Weiter muß die Stelle tagtäglich auf ihre Sicherheit geprüft werden.

Wenn so verfahren wird, glauben wir, daß sich solches nicht mehr wiederholen kann. Dann wird man auch nicht mehr den Armen für die Schuld anderer büßen lassen können.

Revolutionäre Typen.

Auf der Schachtanlage Ludwig in Essen-Kellinghausen fand am 5. April eine Sitzung des neugewählten Betriebsrats mit der Verwaltung der Zeche statt. Der Vorsitzende des Betriebsrats, der revolutionäre Wilhelm Zigaß, eröffnete die

Sitzung, ohne die Gegenstände der Tagesordnung bekannt zu geben, mit folgender Einführung:

„Meine Herren und Kameraden! Wie es üblich, findet alljährlich nach der Neuwahl der Betriebsräte eine Sitzung statt, in der gewissermaßen der neugewählte Betriebsrat der Verwaltung vorgestellt wird. Die heutige Sitzung ist lediglich zu diesem Zweck anberaumt worden.“

Agag führte u. a. weiter folgendes aus: „Bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen lassen sich Härten nicht immer vermeiden. Der Betriebsrat werde sich bemühen, nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu handeln, denn mit Gewaltmaßnahmen sei nichts zu erreichen. Es müsse immer versucht werden, auf dem Verhandlungswege zu einem Ergebnis zu kommen.“

Siehe da, wie reformistisch! Was sagten sie doch vor der Wahl?

Aber nicht nur Agag allein ist jold ein revolutionärer Typ, sondern der auf derselben Schachtanlage früher ebenfalls dem Betriebsrat angehörige revolutionäre Stechmann ist mit Agag auf eine Linie zu bringen. Dem Stechmann war gefündig. Er ging zum Betriebsführer und erklärte diesem, daß, wenn die Kündigung nicht zurückgenommen würde, er sich gezwungen sehe, sein Sparguthaben, welches er auf der Zeche habe, zurückzuziehen. Zur Erklärung sei bemerkt: Die Schachtanlage Ludwig gehört der Gutehoffnungshütte. Bei diesem Konzern besteht eine Wertsparrkasse und die Belegschaftsmitglieder werden anioniert, bei dieser Wertsparrkasse zu sparen bzw. sich von ihrem Lohn monatlich eine bestimmte Rate für diese Kasse abziehen zu lassen. Zu diesen letzteren gehört auch das revolutionäre Betriebsratsmitglied Stechmann. So sieht die Bekämpfung des Kapitalismus durch diese radikalen Hanswürste aus! Das Urteil über diese beiden Revolutionäre überlassen wir den Kameraden.

Bergmannstod in Oberschlesien.

Am Montag, dem 12. Mai, ereignete sich auf der Concordia-Grube in Hindenburg eine Schlagwetterexplosion, bei der zwölf Bergleute verschüttet wurden. Acht Bergleute fielen der entsetzlichen Katastrophe zum Opfer, drei wurden schwer verletzt, von denen der eine nachträglich ebenfalls gestorben ist. Die tödlich verunglückten Bergleute stammen zum Teil aus Hindenburg, zum Teil aus anderen Gegenden Oberschlesiens.

Die Mitteilung des Oberbergamtes über die Katastrophe besagt: „Durch den Durchschlag, der heute vormittag auf der Concordia-Grube erfolgte, wurden mehrere Arbeiter verschüttet. Zu ihrer Bergung bildete sich ein Rettungskolonnen unter Führung eines Steigers. Etwa zehn Minuten nach dem Gebirgschlag erfolgte eine Schlagwetterexplosion, durch die nun auch die Rettungskolonnen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, da das Gebirge sehr unruhig ist; sie waren um 12½ Uhr nachmittags beendet. Der Explosionsherd liegt in der Schlagwetterabteilung Andreasflöz. Die Todesopfer sind ein Steigerstellvertreter, ein Schloffer, drei Anschläger, drei Fäller und ein Hauer.“

Wir werden noch später selbst auf die Katastrophe zurückkommen.

Bezirk Halle.

Betriebsrätekonferenz.

Die Bezirksleitung Halle hatte zum 4. Mai d. J. zu einer Konferenz aller Betriebsratsmitglieder im mitteldeutschen Bergbau eingeladen, die von 410 im Verband organisierten Betriebsratsmitgliedern besucht war. Bezirksleiter Reddiga sprach über „Streitfragen aus den Tarifverträgen“. Eine der wichtigsten Streitfragen ist die Frage der Ueber- und Sonntagschichten. Nach dem Tarifvertrag dürfen solche nur in Notfällen verfahren werden. Hier ergibt sich für die Betriebsräte die unbedingte Pflicht, angehts eines Millionenheeres von Arbeitslosen unter allen Umständen das Verfahren von Ueber- und Sonntagschichten zu verhindern. Ohne die Zustimmung des Betriebsrates dürfen Ueber- und Sonntagschichten nicht

Arbeiten nur heißt besitzen.

Ich besitze nicht viel, doch was ich besitze, ist meines. Denn ich habe es mir durch Arbeit erworben. Durch mich selbst wurde es mir. Durch mich wurde der Gegenstand, den ich besitze, aus der Ware zu einem persönlichen Stück meines Lebens gewandelt, zu einem Stück, das ich liebe, weil es von mir selber und meinem Schaffen zeugt.

Durch Schaffen kommt Ware in ein sittliches Verhältnis zum Menschen. Unpersönlich, nur als Sache stehen die Gegenstände in den Läden, nur als Sache stehen sie in der Wohnung des Proleten, der sie nicht erwarb. Nur wer durch Schaffen erwirbt, besitzt.

Der Arbeiter, der einen Garten bestellt, so sagte Humboldt einmal, ist vielleicht in einem wahreren Sinne dessen Eigentümer, als der müßige Schwelger, der ihn besitzt und genießt. Nur Schaffen bringt den Besitz, der ethisch und menschlich ist. Unsitlich ist die Ordnung des Lebens, die vielen ohne Arbeit dennoch Besitz und Genießen eines Besitzes möglich macht.

Unsitlich ist die Wirtschaftsordnung, die so vielen durch Arbeitslosigkeit die Freude eines wahrhaft Erworbenen vorenthält.

Unsitlich ist die Ordnung des Zusammenlebens, die durch die schlechte Entlohnung nicht jedem in vollem Maße die persönliche Gestaltung des Lebens zum Ausdruck des Schaffens gibt. Produkte werden von Menschen durch Arbeit erzeugt, durch Arbeit wieder erworben zu werden, zur Freude.

Und Kultur, Kunst und Bildung, durch Arbeit erworben, durch Arbeit möglich gemacht, ist persönliche Kunst, persönliche Bildung, Kultur, die im schöpferischen Triebe des Menschen wurzelt.

Darum ist dem fatten Philister, der sich keine Mittel ohne Mühe erwarb, die Oper oft nur ein gesellschaftliches Ereignis, während sie dem mühevoll schaffenden Menschen durch diese Erarbeitung von Kultur oft in viel höherem Maße persönliches Erlebnis ist.

Durch Arbeit nur wird das Leben geadelt und erst, wenn die Arbeit durch die neue wirtschaftliche Ordnung den Kernpunkt des Lebens bildet, wird das ganze Leben durch sie mit dem hohen Ethos des freien Menschen erfüllt. Dr. Gustav Hoffmann.

Von der Gestaltung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung.

Wir stehen mit der gewerkschaftlichen Jugendbewegung noch in den Anfängen. In vielen Orten gibt es überhaupt noch keine gewerkschaftlichen Jugendgruppen, und wo sie bestehen, ringen wir noch um Inhalt. Denn Jugend will als Jugend behandelt sein. Sie will sich als Jugend erleben. Da genügt der Beruf und seine soziale Gestaltung allein nicht, um das Wesen junger Menschen zu befriedigen.

Jugend will Glauben und Begeisterung. Jugend will Ideale. Sie will Feier. Und Symbole will sie, die diesen ihren Glauben an Ideale zum Ausdruck bringen.

Einst war es nur das flammende Feuer der Sonnenwende, das der Jugend symbolisches Erlebnis war. Je mehr sich das Jugendbewegte dann mit dem Sozialen verband, um so mehr suchte sich die Jugend auch durch andere Feiern, die dem Zukunftsgedanken galten, zu befreien. Und der Wimpel ist mehr als ein kleines Stück Stoff. Und die Nadel, wie die gewerkschaftliche Jugend sie sich geschaffen, ist mehr als äußeres Abzeichen.

Der Sinn für Symbole ist eine Erscheinung des künstlerischen Wesens des Menschen, von dem niemand sich freimachen kann. Wir brauchen nur ein schwarz-rot-goldenes Banner zu hissen, und auch der müde Alte wird von Stolz und von Freude erfüllt. So wirkt auch das Rot des Wimpels, der Fahne, ganz besonders auf zukunftsglaubende Menschen, und ohne eine Pflege solcher Symbole und Erlebnisse wird gerade die Jugend nicht im Tiefsten erfasst.

Eine wunderbare Gelegenheit, dieses Feiersuchen jugendlicher Menschen zu befriedigen und das Herz junger gewerkschaftlicher Menschen mit der anscheinend so nüchternen wirtschaftlichen Bewegung der Organisation zu binden, eine wunderbare Gelegenheit zu solcher symbolischer Feier ist der Eintritt junger Menschen in die gewerkschaftliche Jugendgruppe des Ortes.

Es ist nicht jugendlich, da in der Proletarierwohnung am hölzernen Tische oder im dunstigen Raume des Wirtschaftes nebenbei eben die Beitrittserklärung zu unterschreiben. Die Erklärung des Beitritts zu einer Kampforganisation, die von solch historischer Bedeutung und für den einzelnen das sittliche Rückgrat eines ganzen Lebens ist! Solch ein Ereignis gilt es, zum Erlebnis zu bringen. Und wenn die Erklärung als Formalität vielleicht auch in der Küche eines proletarischen Heimes geschah: wir haben Feiern nötig, die die Form besiegeln und die Bedeutung der Tat zum starken Erlebnis machen.

Wiederholt ist es geschehen, daß proletarische Jugend auf größeren Zusammenkünften feierlich durch gemeinsames Sprechen ein Gelöbnis gab. Solch gemeinsames Gelöbnis in feierlicher Stunde hat eine ungeheure menschenerzieherische und kämpferbildnerische Kraft. Es bindet den Organisationsgedanken mit dem Wesenskern des jugendlichen Menschen. Es erneuert das Gefühl des Stolzes und der solidarischen Macht bei den anderen. Es zieht auch Verbindungsfäden zwischen Alten und Jungen, und läßt alle glauben an den Sieg der Sache, für die da immer neue Jugend zu Kämpfern wächst.

Einen großen Rahmen setzt solche Kampfesfeier der Jugend nicht voraus, und deshalb kann auch der kleinere Ort sie haben. Nur eins verlangt sie: Glauben, Begeisterung, Kämpferwürde. Ohne den Ausbau der gewerkschaftlichen Jugendbewegung in der Art solcher Erlebnisse zukunftsgläubiger Kraft werden viele wertvolle Menschen der gewerkschaftlichen Jugend verbleiben. Andererseits bindet solche Jugendarbeit in der Bewegung das jugendfrohe mit der Organisationsidee. Damit läßt sie das jugendfrohe auch beim Weiterwerden nicht verflümmern. Sie pflegt es und bildet es und erzieht es zu bleibendem Glauben und der Begeisterung, die für den sozialen Inhalt der kommenden Jahrzehnte nötig ist. Denn ohne Leidenschaft wird ja, so sagt Lassalle, in der Geschichte kein Stein von dem anderen gerückt. Und wir stehen mitten in großer Geschichte.

Dr. Gustav Hoffmann.

